# Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen a. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 95 — Donnerstag den 6. Mai 1920 — 46. Jahrg.


## Der Bund der Landwirte und die Reichstagswahlen.

Wie auf der Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte in Halle erklärt wurde, ist „leider" die Aufstellung besonderer Stadt- und Landlisten gescheitert. Dieses Bedauern kann kein Politiker, der es ehrlich mit unserm Volke meint, teilen. Bei der wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Spaltung des deutschen Volkes müßte die vom B. d. L. ersehnte Trennung zwischen Stadt und Land geradezu verhängnisvoll wirken.

**Nicht Spaltung, sondern Zusammenfassung**

muß die Aufgabe der kommenden Reichstagswahlen sein.

Obwohl der Abgeordnete weder Vertreter eines Standes, noch eines besonderen Gebietes, sondern der Gesamtheit sein soll, können wir es doch verstehen, daß wichtige Berufsschichten Wert darauf legen, durch Mitglieder ihres Standes vertreten zu sein. Prüfen wir daraufhin die Listen der Parteien in unserm Wahlkreis! Die Liste der Deutschen Volkspartei bietet dem Landwirt keinerlei Gewähr für die Vertretung seines Berufs. Darin sind wir mit dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte einig. Bei den 17000 Stimmen, die diese Partei im vorigen Wahlkampfe erhielt, wird sie auch diesmal kaum Aussicht haben, einen Vertreter in den Reichstag zu schicken. Die Deutsche nationale Volkspartei, mit der der B. d. L. ein Wahlbündnis abgeschlossen hat, soll an 1. und 3. Stelle einen Landwirt aufgestellt haben. Der erste Bewerber ist der Leiter einer landwirtschaftlichen Winterschule. Den 3. Vertreter wird die Partei wohl nie im Reichstage erblicken. Von den Demokraten hat der Vorsitzende des B. d. L. behauptet, sie wolle mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Woher dem Herrn diese Kunde ward, ist uns unbekannt. Wir teilen ihm aber hierdurch mit, daß die Deutsche demokratische Partei selbständig, ohne Rücksicht auf rechts und links, in den Wahlkampf zieht. Sie hat unter ihren Vertretern den alten, bewährten Gutsbesitzer Koch (Unterfarnstedt), der auch diesmal wieder an unbedingt sicherer Stelle steht. Einen aussichtsreichen Platz hat der bisherige Abgeordnete der Preußischen Landesversammlung Dr. Schreiber (Halle). In der Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit hat sich Dr. Schreiber als sachverständiger, warmherziger Freund der Landwirtschaft gezeigt. Seine Rede „Los von der Zwangswirtschaft!" hat überall großen Anklang gefunden. Der Landwirt, der seinen Beruf recht vertreten sehen will, wählt die Liste:

**Delius,**
**Koch,**
**Schreiber.**

## Zu den Wahlen.

**Der Wahlaufruf des Deutschen Bauernbundes.**

Der Ausschuß des Deutschen Bauernbundes tritt jetzt ebenfalls mit seinem Wahlaufruf an die Öffentlichkeit. Einleitend hebt er hervor, daß es nur im Bündnis mit der Deutschen demokratischen Partei den deutschen Bauernbündlern möglich war, in dem Parlament auf den Gebieten der Steuergesetzgebung, des Siedlungswesens und der landwirtschaftlichen Produktion die Interessen des deutschen Bauern zu wahren, und betont dann: „Nur ein politischer Tor kann der Meinung sein, daß im Bunde mit 45 Deutschnationalen oder 21 Volksparteilern ähnliches erreicht worden wäre." Der Aufruf kennzeichnet dann die gegnerischen Parteien: Die Sozialdemokratie als Trägerin der Zwangswirtschaft sowie der Sozialisierung und Feindin des Siedlungswesens, die Rechtsparteien als skrupellose Hetzer gegen die Demokratie und ihre Einrichtungen, und stellt schließlich folgende Forderungen des Deutschen Bauernbundes auf: Siedelung und Landverleihung an den einzelnen, damit er auf eigener Scholle sich emporarbeiten kann und die Produktion hebe, ständig angespornt von dem Triebe, für sich und die Seinen zu schaffen, Förderung von Handwerk, Handel und Gewerbe, Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung, Zwangsarbeit für arbeitsscheue Elemente, energische Unterdrückung aller Streiks, die ohne Anrufung von Schiedsgerichten vor sich gehen.

**Austritte aus der demokratischen Partei und ihre wahren Gründe.**

Berlin, 5. Mai. Die Erklärung der Herren von Wiemer und Mugdan, daß sie wegen des Generalstreiks im März zur Deutschen Volkspartei übergegangen seien, ist, wie wir zuverlässig hören, nur ein Vorwand. Tatsächlich haben die Sonderverhandlungen dieser Gruppe schon monatelang vorher begonnen. Die Herren wollten erst eine eigene Partei gründen, um sich die ersehnten Kandidaturen zu sichern. Erst als die Fassung des neuen Wahlgesetzes kleinen Parteisplittern einen Mandatgewinn unmöglich machte, entschloß man sich für den Anschluß an die Volkspartei. Nach dem „Berl. Tageebl." haben neun von den Überläufern bei den letzten Stadtverordnetenwahlen ein demokratisches Mandat erstrebt, aber bei der Parteiorganisation eine Zurückweisung erfahren.

**Demokratische Reichstagskandidaturen.**

Von Kandidatenaufstellungen aus der Deutschdemokratischen Partei sind die folgenden zu verzeichnen. Für Potsdam I wurden an die erste Stelle der bisherige Vertreter Dr. Bechnicke und Beamtenführer Remmers gestellt. In Pommern wurde neben dem Oberpräsidenten Lippmann an die zweite Stelle der bisherige Vertreter Danzigs, Weinhausen, gesetzt. In Thüringen bleibt Dr. Gertrud Bäumer an erster Stelle, zweiter ist Prof. Dr. Gerland. Im Wahlkreis Frankfurt a. O. beginnt die demokratische Liste mit dem bisherigen Abgeordneten Fritz Pahr, zweiter ist Adolf Damaschke, dritter der Abgeordnete Riedel. In Breslau steht an erster Stelle wieder Reichsminister a. D. Gothein, an zweiter Stelle der bisherige Staatskommissar für Schlesien Dr. Köbisch, an dritter Stelle der Abgeordnete Gleichauf als Vertreter der Angestellten und Arbeiter.

**Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in Leipzig.**

Von der demokratischen Partei werden für den Wahlkreis Leipzig folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Prof. Dr. Walter Goetz-Leipzig, 2. Privatangestellter Gustav Schneider-Leipzig, 3. Frau Stadtverordnete Johanna Laise-Wurzen, 4. Stadtrat Oberbahnhofsvorsteher Gustav Vogel-Leipzig, 5. Gemeindevorstand und Landwirt Arno Wehner-Beerwalde bei Waldheim, 6. Buchhändler Walter Huhn-Colditz, 7. Buchdruckereifaktor Friedrich Berbig-Leipzig, 8. Stadtverordneter Kaufmann und Fabrikbesitzer Max Weickert-Leipzig, 9. Oberpostschaffner Hermann Engelhardt-Leipzig, 10. Generalleutnant z. D. Otto Löffler-Leipzig.

**Programmreden Dernburgs und Pachnickes.**

In der Deutschen demokratischen Partei Charlottenburg sprach am Sonntag abend Minister a. D. Dernburg über die Demokratie im Wahlkampf. Er betonte die Notwendigkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für einen geordneten Produktionsprozeß im deutschen Wirtschaftsleben zu sorgen. Der Wahlkampf müsse sachlich, aber nach links wie rechts völlig selbständig geführt werden. Gegenüber der Sozialdemokratie müßten die demokratischen Prinzipien klar durchgesochten werden ohne Rücksicht auf eine Koalition nach den Wahlen. Aber auch den schwankenden Gestalten in der Deutschen Volkspartei samt ihren neuen Gymnasiasten gegenüber müsse eine klare demokratische Politik gemacht werden. Die deutschen Demokraten müßten ragende Pfeiler der kommenden Koalition werden.

In einer Versammlung in Potsdam sprach der Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Pachnicke, der den Wahlkrieg als einen Tag der Abrechnung auch gegenüber der eigenen Partei bezeichnete. Möge im Drang der Ereignisse gelegentlich ein Regiefehler unterlaufen sein, im ganzen wäre die Linienführung doch richtig gewesen. Für das Werk des Wiederaufbaus müßten die bereiten Kräfte in der Sozialdemokratie und im Zentrum zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt werden. Sie habe auch die Stellung des Arbeiters im Betrieb gehoben. Dem Handwerk habe sie Rohstoffe und Aufträge zugeführt und der Landwirtschaft durch Vermehrung der Mittel- und Kleinbetriebe wie durch reichlichere Belieferung der Stickstoffindustrie mit Kohlen genützt. Dem Wucher sei durch besondere Wuchergerichte begegnet worden und in der Auslandspolitik habe die Regierung vor allem in der Frage der Auslieferung Erfolge erzielt. Die äußerste Rechte wie die äußerste Linke hätten alle grundlegenden Gesetze abgelehnt. Im kommenden Wahlkampf könne die Rücksicht auf die verbündeten Parteien die Demokratie nicht hindern, die Scheidebinie schärfer hervorzuheben. Der Hauptstoß richte sich gegen die äußerste Rechte wie die äußerste Linke.

**Reichswehrminister Geßler zur innerpolitischen Lage.**

Berlin, 5. Mai. Wie die Morgenblätter berichten, sprach Reichswehrminister Geßler gestern in einer deutschdemokratischen Wählerversammlung und führte u. a. aus: Die Revolution sollte jedermann drei Erfahrungen eingehämmert haben, erstens, das Bürgertum muß wissen, daß man gegen die Arbeiterschaft nicht regieren kann, zweitens, die Arbeiterschaft muß einsehen, daß sie ohne das Bürgertum den Wiederaufbau nicht durchführen kann und drittens, die Diktatur des Proletariats läßt sich die Landbevölkerung nicht gefallen.

**Minister Koch über den künftigen Reichstag.**

In einer demokratischen Wählerversammlung sprach Reichsminister des Innern Koch. Er sagte: Deutschland kann nur glücklich regiert werden, wenn sich Arbeiter und Bürger zusammenfinden. Wir gründen den Reichswirtschaftsrat, aber die politische Verantwortung muß ungeschmälert bei dem Reichstag bleiben.

**Die Folgen des Kapp-Putsches.**

Der „Voss. Ztg." zufolge hat der Reichsanwalt gegen den Kappistischen Oberbefehlshaber von Breslau Generalleutnant v. Schmettow einen Steckbrief wegen Hochverrats erlassen.

## Deutschland und die Entente.

**Ausbau des Obersten Rats zu einem allgemeinen Ministerrat?**

Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der Londoner Vertreter des „Temps" glaubt zu wissen, daß man in Kressen des Obersten Rats für dessen Beibehaltung, ja sogar für seinen Ausbau zu einem internationalen Regierungsorgan sei, zu dem früher oder später deutsche und wohl auch russische Vertreter zugelassen werden sollen. Es würde alsdann neben dem Völkerbundsrate ein internationales Regierungsorgan bestehen, das sich aus den Ministerpräsidenten aller Staaten zusammensetzt.

Die Interpretation des „Temps" scheint insofern nicht richtig zu sein, als es sich infolge Amerikas Zurückhaltung nicht um eine oberste Welt-Spruchbehörde, sondern nur um eine europäische handeln könnte. Lloyd George hatte in der Unterhausdebatte am Donnerstag erklärt: „Die drei Großmächte Westeuropas sind die Pfeiler, auf denen der ganze europäische Bau beruht. Bis jetzt reicht der Völkerbund noch nicht aus." So wäre es wohl denkbar, daß einzelne Mitglieder in Fortführung dieses Gedankens auf einen Ministerrat aller europäischen Staaten hinarbeiteten. Der Wirklichkeit würde ein solches Konzert der europäischen Mächte in der Tat jetzt mehr entsprechen, als der Völkerbund, den ja seine eigenen Völker lahmgelegt haben. Diese Lahmlegung würde freilich durch eine Maßnahme, wie sie der „Temps" ankündigt, sehr leicht endgültig werden können.

**England entläßt die deutschen U-Boot-Führer.**

Rotterdam, 5. Mai. Die „Daily Mail" meldet: Die in England verbliebenen deutschen U-Boots-Kommandanten werden auf Anordnung des Kabinetts am 15. Mai nach Deutschland entlassen.

**Die Ententestaaten schicken Botschafter.**

Paris, 5. Mai. „Temps" bestätigt, daß Ministerialdirektor Maurice Herbette zum Botschafter in Berlin in Aussicht genommen ist und daß England, Italien und Frankreich die Absicht haben, kurz nach den Reichstagswahlen in Berlin Botschafter zu ernennen.

**Eine deutsche Note gegen die polnischen Umsturzpläne in Oberschlesien.**

Berlin, 4. Mai. In der Angelegenheit der durch die Veröffentlichung der geheimen Dokumente bereits bekannten polnischen Putschpläne in Oberschlesien ist dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oppeln folgende Note übergeben worden:

„Nach den Ereignissen der letzten Wochen in Oberschlesien hält sich die deutsche Regierung für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der Interalliierten Kommission auf die Tätigkeit der polnischen revolutionären Organisationen hinzulenken, die eine gewaltsame Umwälzung in Oberschlesien zugunsten der Polen anstrebten. Die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Unterlagen weisen die polnischen Umsturzpläne einwandfrei nach, so z. B. der Befehl des Komitees zum Schutze der schlesischen Organisationsabteilung vom 12. April 1920, in dem zur gewaltsamen Vereinigung Oberschlesiens mit dem polnischen Staate aufgerufen wird. Die Schaffung einer Verschwörung und eines polnischen Aufstandes wird hier im einzelnen vorbereitet, das Verhältnis gegenüber der Interalliierten Kommission festgelegt, damit aller Verdacht von den Polen abgewendet werde und die sofortige Mobilisation der polnischen Militärorganisation in acht oberschlesischen Kreisen, nämlich Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Rybnik angeordnet wird. Ich beehre mich, sieben Photographien der Originalbefehle und sieben Übersetzungen der Dokumente beizufügen.

Die deutsche Regierung glaubt nicht fehlzugehen in der Voraussetzung, daß nach den Bestimmungen und im Geiste des Friedensvertrages es eine der wesentlichsten Aufgaben der Interalliierten Kommission darstellt, eine gerechte, in Ruhe und Ordnung sich vollziehende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten, daher vor allem jeden Versuch einer gewaltsamen Änderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampforganisation, wie es die durch die Dokumente aufgedeckte Organisation ist, mit diesen Grundsätzen nicht in Einklang steht und demzufolge ihr Wirken und ihre Ziele nicht die Billigung der Interalliierten Kommission finden können. Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten patriotischen polnischen Verbänden geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Be-

## Besuch Millerands in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (WTB.) Der französische Ministerpräsident Millerand ist zwecks Fühlungnahme mit den deutschen Handels- und Industriekreisen zum Besuch der Frühjahrsmesse in Frankfurt eingetroffen. (Die „Fühlungnahme" ist doch offensichtlich nur der vorgeschobene Scheingrund für den Besuch Millerands in Frankfurt. Der wirkliche Grund ist: Seine Herrlichkeit und Greuzsamkeit, der französische Rache-Ministerpräsident Millerand muß sich den schwarzen, braunen und weißen französischen Kulturbeschützern, die nunmehr auch Frankfurt „erobert" haben, auch in Frankfurt zeigen und diesen Triumph ausnutzen für das Buch der geschichtlichen Erfolge Frankreichs. D. Red.)

## Vorläufig keine Räumung Frankfurts a. M.?

Genf, 5. Mai. (T.-U.) Das „Journal des Debats" meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankfurts fortdauern zu lassen, bis die deutschen Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. — Der „Temps" meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Mainzgaues abgelehnt habe. Es werde die prinzipielle Generalstreit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien.

## Die deutschen Viehlieferungen.

Krefeld, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Der belgische Abgeordnete Tibbaut, der die Ablieferung von Vieh aus Deutschland überwacht, erklärte, daß diese Ablieferung in befriedigender Weise verlaufen sei. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung fest entschlossen sei, die Viehlieferungen schnellstens auszuführen. An den Verzögerungen, die durch Streiks und die Besetzung Frankfurts eingetreten waren, sei die deutsche Regierung unschuldig.

## Herbette französischer Botschafter in Berlin.

Basel, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Aus Paris wird gemeldet: Zum französischen Gesandten in Berlin ist Herbette ausersehen. Er wird seinen Posten antreten, sobald die Alliierten ihre bisherigen Vertretungen in Botschaften umwandeln. Herbette ist der Sohn des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin.

## Berlin als Bischofssitz.

München, 5. Mai. In den Verhandlungen über die Errichtung einer päpstlichen Nunziatur in Berlin sind solche über die Schaffung eines Bischofssitzes in der Reichshauptstadt gekommen, weil nach kurialem Brauch eine Nunziatur nur an einem Bischofssitz sein soll. Zum Bischof von Berlin ist der Domkapitular Dr. Kaas von Trier, Mitglied der Nationalversammlung, in Aussicht genommen; er hat in München bereits mit dem Nunzius verhandelt.

## England und die Unruhen in Mexiko.

London, 5. Mai. (WTB.) Der Unterstaatssekretär des Äußern erklärte im Unterhause, daß die englische Regierung die Vorgänge in Mexiko mit größter Besorgnis verfolge. Im Zusammenhange damit meldet der Reuter-Korrespondent, daß zwei amerikanische Bürger in Diensten einer englischen Gesellschaft in Palacatos durch mexikanische Banditen ermordet worden seien.

## Das neue dänische Ministerium.

Kopenhagen, 5. Mai. Der König hat heute abend die Ministerliste genehmigt, auf der die folgenden Namen stehen: Neergaard, Ministerpräsident und Finanzminister, Bernsen, Verteidigungsminister, Harald Scavenius, Minister des Auswärtigen, Christensen, Kultusminister, Appel, Unterrichtsminister, Rothe, Handelsminister, Berg, Minister des Innern, Slebsager, Verkehrsminister.

## Der Tiroler Landtag wegen Streitigkeiten vertagt.

Innsbruck, 5. Mai. (WTB.) Der Tiroler Landtag war für gestern wieder zu einer Sitzung zusammenberufen. Bei der Behandlung des ersten Punktes der Tagesordnung, betreffend die Wahl einer Kommission, die die Anschlußfrage an Deutschland betreiben sollte, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten über die Verteilung der Mitglieder der Kommission auf die Parteien. Im Laufe der Besprechung über die Frage der Bewaffnung der Studenten und die Bildung von Arbeiterwehren kam es abermals zu ernsten Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien. Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen und der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Neubildung der polnischen Regierung.

Warschau, 5. Mai. (WTB.) Wie dem „Neuen Rotterdamschen Courant" drahtlos aus Warschau gemeldet wird, sagen die polnischen Blätter voraus, daß das polnische Kabinett wegen der Opposition gegen die polnische Politik demnächst reorganisiert wird. Die Sozialisten bringen energisch auf die Herbeiführung des Friedens und wollen bei der Besetzung des Ministeriums berücksichtigt werden. Die Blätter nehmen an, daß Patek, Grabski und Neulosski zurücktreten werden. Als Nachfolger Pateks wird Graf Tarnowski genannt.

## Einnahme von Baku durch die Sowjettruppen.

London, 5. Mai. (WTB.) Der Berichterstatter der „Times" in Konstantinopel meldet, daß Baku nach einer kurzen Beschießung durch die Sowjettruppen übergeben wurde. Es befinden sich 6000 Mann von der Roten Armee in der Stadt. Außerdem steht eine Truppenabteilung in Kachemas in der Nähe der Eisenbahn Baku-Tiflis.

## Einstellung des Bierausschanks in Braunschweig.

Braunschweig, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Wie die Braunschweigschen „Neuesten Nachrichten" melden, beschloß eine aus allen Teilen des Landes besuchte Gastwirteversammlung, die bei den Wirten noch vorhandenen Biervorräte so zu verteilen, daß mit dem 10. Mai in allen Gastwirtschaften des Landes Braunschweig der Bierausschank eingestellt werde.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0001

[Be]stimmung des Artikels 88, Anlage § 3, Absatz 5 des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterliegen müssen. Von den deutschen Geschäftsträgern in London, Paris und Rom wird den dortigen Regierungen von obenstehender Note Kenntnis gegeben."

### Oberschlesien ist auf der Hut.

**Breslau, 5. Mai. Sämtliche deutsche Parteien Oberschlesiens, die Gewerkschaften und Angestelltenverbände, haben einen gemeinsamen Aufruf an die Oberschlesier erlassen, in dem es heißt, daß die großpolnischen Agitatoren die Bevölkerung Oberschlesiens verhetzen, um dadurch der polnischen Republik einen Vorwand zum Rechtsbruch zu schaffen. In der oberschlesischen Bevölkerung ist man sich der drohenden Gefahr bewußt und fest entschlossen, gegen die polnischen Gelüste mit allen Mitteln Front zu machen.**

### Was die Polen in Schlesien beabsichtigten.

**Berlin, 5. Mai. Wie die Morgenblätter aus Oppeln melden, zogen die deutschen Arbeiter vor die Wohnung der polnischen Führer und setzten die Herausgabe der Waffen und der weißen Adler durch. Am Abend drang die Menge in die Räume der polnischen Hetzblätter, demolierte die Maschinen und schleppte die halbfertigen Zeitungen auf die Straßen, wo sie alle zerstreut wurden. Das „Berl. Tagebl." erfährt, daß die Aufdeckung des polnischen Anschlages auf Oberschlesien immer neues Material zutage fördert. So fand man bei polnischen Spionen im Kreise Militsch Briefe, aus denen hervorgeht, daß die polnischen Pläne auch dahin zielen, Mittelschlesien bis zur Linie des Flusses Bartsch zu besetzen.**

### Die deutschen Stimmen zu den polnischen Reichstagswahlen.

Bromberg, 4. Mai. Das Ergebnis der Wahlen zum polnischen Reichstag (Sejm), die am 2. Mai in Pommerellen (Westpreußen) stattfanden, liegt noch nicht vollständig vor, doch läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Stimmen der Deutschen trotz der großen Abwanderung über Erwarten stattliche Ziffern aufweisen. Die Wahlbeteiligung war lebhaft. In einer Reihe von Orten haben die deutschen Stimmen sogar weitaus die Mehrheit. So wurden abgegeben: in Graudenz 6364 deutsche gegen 3731 polnische Stimmen, in Konitz 2439 deutsche gegen 717 polnische Stimmen. In Thorn-Stadt betrugen die polnischen Stimmen 9911, die deutschen 4918, in Thorn-Land die deutschen 5666, die polnischen 13 700. Selbst in der sogenannten polnischen Kurve, die schon im Frieden 58 bis 75 Prozent polnische Bevölkerung hatte, erreichten die Stimmen eine unerwartete Höhe. Das ganze Wahlgebiet war in zwei Kreise geteilt: Berent und Graudenz. Im Wahlkreise Berent hatten sich die Deutschen auf eine gemeinsame Liste geeinigt, im Wahlkreise Graudenz gab es zwei Listen, die der Vereinigung des deutschen Volkstums und die der Deutschen Arbeitsgemeinschaft (Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten), doch sind die beiden Listen miteinander verbunden worden. Im Gegensatz zu dem übrigen Wahlkreis konnte die Arbeitsgemeinschaft nur in Graudenz-Stadt eine größere Stimmenzahl erreichen, 3997 gegen 3267 der Deutschen Vereinigung. Abgesehen von Graudenz-Stadt ist das Stimmenverhältnis nach den bisherigen Ergebnissen folgendes: Deutsche Vereinigung 17 825, Arbeitsgemeinschaft 1549 Stimmen. In Thorn-Stadt fielen auf die Deutsche Vereinigung 4651, auf die Arbeitsgemeinschaft 267 Stimmen, in Thorn-Land auf die Deutsche Vereinigung 5589 und auf die Arbeitsgemeinschaft 77 Stimmen.

---

# Die Lage im Reiche.

### Beurlaubung von Landräten in der Provinz Sachsen.

**Berlin, 5. Mai. Wie wir aus dem Staatsministerium des Innern hören, sind in der Provinz Sachsen folgende Landräte beurlaubt worden: In Gardelegen der Landrat v. Alvensleben, in Osterburg Herr v. Lettow, in Liebenwerda Herr v. Borke, in Sangerhausen Herr v. Spankeren, in Nordhausen (Grafschaft Hohenstein) Herr v. Pommer-Esche. Weiter wird die Landratsstelle in Schleusingen, deren Inhaber Landrat Mangold in die allgemeine Staatsverwaltung zurücktritt, neu zu besetzen sein. Auch Bitterfeld und Delitzsch werden neue Landräte erhalten, da die bisherigen, Herr v. Bodenhausen und Herr v. Manteuffel schon seit längerer Zeit beurlaubt sind. Zum Landrat von Liebenwerda wurde der Hallenser Stadtrat Velthuysen, der Jurist ist und der demokratischen Partei nahesteht, ernannt. Wie ausdrücklich versichert wird, erfolgen die Neubesetzungen aus allgemeinen politischen und dienstlichen Gründen, keineswegs aber in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch.**

### Hauptziele der Reichseisenbahnpolitik.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der frühere preußische Eisenbahnminister Hoff einen ausführlichen Artikel in der „Dtsch. Allgem. Ztg.", dem wir folgendes entnehmen:

Aufgabe der Reichseisenbahnpolitik ist es, mit Aufbietung aller Mittel die verderblichen Hemmnisse des Eisenbahnverkehrs zu vermindern und zu beseitigen, und zwar eher und umfassender, als dies den bisherigen Eisenbahnländern mit schwächeren Mitteln möglich gewesen wäre. Die Lösung dieser Aufgabe braucht nicht als unmöglich angesehen zu werden. Nachdem die finanzielle Trennung im deutschen Eisenbahnwesen gefallen ist, wird, um ein Beispiel, allerdings aus dem wichtigsten Zweige, herauszugreifen, die gemeinsame Benutzung der Lokomotiven und die gemeinsame Verwendung der Brennstoffe ohne Zweifel erleichtert, dadurch die Zugleistung erhöht und im Endergebnis nicht nur der Eisenbahnverwaltung, sondern auch dem allgemeinen Verkehr genützt werden können. Daß gerade auf diesem im Brennpunkte der Schwierigkeiten stehenden Gebiete, der Handhabung des Fahrbetriebes im ganzen Reiche noch Vervollkommnungen zu erzielen sind, wird durch die Wirksamkeit eines Organisationsgebildes bezeugt, das in jüngster Zeit geschaffen ist und einen Wirkungskreis von allergrößter Bedeutung zugewiesen erhalten hat. Es ist dies die „Oberste Betriebsleitung der deutschen Staatseisenbahnen", bei der alle Fäden des Fahrbetriebes auf den Eisenbahnen des Reichs zusammenlaufen und deren unablässiges Bemühen auf die Erhöhung der Betriebsleistungen gerichtet ist. Das ist der wundeste Punkt unseres Eisenbahnwesens, daß die Versorgung des werktätigen Lebens mit Eisenbahngütern mangelhaft ist. Nicht sowohl die hohen Eisenbahntarife, als vielmehr die unzulängliche Versorgung mit Gütern sind die Wurzel des Übels, an dem wir kranken. Je eher und durchgreifender auf diesem Gebiete Besserung eintritt, desto eher und vollkommener wird der Nutzen der Reichseisenbahneinheit fühlbar in die Erscheinung treten. Dazu wird es weiter beitragen, wenn so schnell als irgend möglich mit den vielbekämpften und dennoch, wenn auch in beschränkterem Umfange, ängstlich gehüteten Wettbewerb auf benachbarten Bahnlinien aufgeräumt wird; die Ursachen seines Daseins sind hinweggefallen.

### Eine Gefahr für Düsseldorf.

**Düsseldorf, 4. Mai. Der belgische Kommandant in Oberkassel hat der Stadtverwaltung von Düsseldorf die Mitteilung zugehen lassen, er habe von zuverlässiger Seite erfahren, verbrecherische Elemente beabsichtigen, vom rechten Rheinufer her nach Oberkassel zu schießen. Er habe daraufhin schwere Artillerie auffahren lassen und werde sofort das rechtsrheinische Düsseldorf unter Feuer nehmen, wenn sich der verbrecherische Plan verwirklichen sollte. Der Kommandant hat sich auch die Lage des Arbeiterviertels im rechtsrheinischen Düsseldorf angeben lassen und auch ein Verzeichnis der sozialistischen Führer eingefordert. Die Stadtverwaltung hat daraufhin angeordnet, daß starke Polizeipatrouillen das rechte Rheinufer abgehen.**

Düsseldorf, 4. Mai. Montag vormittag traf das Reichswehr-Regiment 61, von dem bereits Teile hier in Düsseldorf lagen, unter Führung des Obersten Bauerstein in Düsseldorf ein. In den letzten Tagen hat auch hier die grüne Sicherheitspolizei den Dienst übernommen, während die Ortswehr, die aus Unabhängigen besteht, aufgelöst wird.

### Treibereien unter der Arbeiterschaft gegen die Anwesenheit der Reichswehr.

Düsseldorf, 5. Mai. Infolge des Einrückens der Reichswehr und der grünen Sicherheitspolizei in Düsseldorf sind neue Schwierigkeiten entstanden. Die sozialistischen Blätter berufen die Funktionäre zu einer Versammlung ein, um über den Generalstreik zu beschließen. Die maßgebenden Stellen, besonders der Zivilkommissar, sind bemüht, eine Einigung herbeizuführen. Die Reichswehr hat sich verpflichtet, in äußerst zuvorkommender Weise den Dienst zu versehen, so daß keine Reibungen mit der Bevölkerung zu erwarten seien. Jedenfalls ist die Lage in Düsseldorf zur Stunde noch sehr kritisch.

### Kampf mit den Rotgardisten in Düsseldorf.

**Düsseldorf, 5. Mai. Die Ansammlung bewaffneter Banden in der Gegend von Stoffeln und Wersten veranlaßte ein gemeinsames Vorgehen der Reichswehr, Sicherheits- und städtischen Polizei gegen diese Vororte von Düsseldorf. Dabei wurden die Rotgardisten unter Verlusten auf das besetzte Gebiet abgedrängt, wo sie entwaffnet wurden. Zwölf wurden im besetzten Gebiet gefangen genommen, zwei Maschinengewehre und mehrere Gewehre wurden ihnen abgenommen.**

### Die Waffenabgabe soll gründlich durchgeführt werden.

Dortmund, 5. Mai. Der Reichskommissar für den Befehlsbereich des früheren 7. A.-K., Mehlich, hat auf eine Eingabe dem Dortmunder Bürgerrat erklärt, die Waffenabgabe solle gründlich durchgeführt werden. Die Reichswehr solle auch nicht eher zurückgezogen werden, als bis anderweitiger Schutz vorhanden sei.

### Zur Besetzung der ersten schleswigschen Zone.

**Flensburg, 5. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß heute zunächst die militärische Besetzung der ersten Zone durch Dänemark durchgeführt wird. Betreffs der Besetzung der Verwaltungsbehörden, die zwar ebenfalls beginnen, aber allmählich durchgeführt werden wird, ist dem deutschen Vertreter gegenüber die Hoffnung ausgesprochen worden, daß sie im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens zwischen Deutschland und Dänemark geregelt werden wird. Da die dänische Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über Abschluß eines Beamtenabkommens weiterzuführen, sind die deutschen Verwaltungsbeamten angewiesen, bis auf weiteres auf ihren Posten zu verbleiben.**

### Die Untersuchung der März-Vorgänge.

Amtlich wird gemeldet: Das unter der Leitung des parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die März-Vorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen, die Generale von Hülsen, Lettow-Vorbeck, Strempel, die Obersten Freiherr von Wangenheim, von Ledebour, die Oberstleutnants von Klewitz und Major Mathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben, General von der Hardt, Oberstleutnant von Wetzell und die Majore von Sydow und Bock zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen. Die Fälle aus dem Gefangenenlager Chemnitz, der Fall des Majors Wille und des Oberstleutnants v. Fabeck werden wegen mangelnder Beweise niedergeschlagen.

### Unerhörte Lohnforderungen der Syndikalisten in Zwickau.

Der syndikalistisch gesinnte Zentralrat der Bergarbeiter des Zwickauer Kohlengebiets der Freien Arbeiter-Union hat den Arbeitgebern neue Forderungen überreicht. Man verlangt u. a. sechsstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahren, Beseitigung des Akkordsystems, Lohnregelung mit rückwirkender Kraft vom 1. April derart, daß für alle 16 Jahre alten Arbeiter ein Tagelohn von 36 Mark zu zahlen ist. Bei jedem vollendeten Lebensjahr soll eine Lohnsteigerung von 3 M eintrten, so daß die Bergarbeiter im Alter von 24 Jahren 60 M Mindestlohn täglich erreichen. Kinderzulagen usw. sollen gleichfalls erhöht werden. Das alles wird verlangt mit der Zusatzforderung, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden dürfen. Andere Forderungen erstrecken sich auf Einsetzung von Betriebsräten, Verdoppelung der Invalidenrente, freie ärztliche Behandlung für die Familie, Erhöhung des Krankengeldes usw. Der Bergbauliche Verein hat es abgelehnt, mit der Arbeiter-Union zu verhandeln.

---

# Politische Übersicht.

## Frankreich.

### Die Gärung in Elsaß-Lothringen

Metz, 5. Mai. Die elsässische Korrespondenz berichtet, daß im lothringischen Industriegebiet seit einigen Tagen erneut Aufrufe in französischer und deutscher Sprache verbreitet werden, die zur Revolte und Revolution auffordern. Die französische Polizei fahndet nach den Verbreitern.

### Abberufung des französischen Generalkommissars?

Straßburg, 5. Mai. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, gilt die Stellung des Generalkommissars von Elsaß, Alapetite, als erschüttert, weil er sich beim letzten Generalstreik „nicht bewährt" und „nicht tatkräftig" erwiesen habe. Die Straßburger Blätter berichten, daß der letzte Streik ungeheure Wirtschaftsschäden angerichtet habe, der jetzt im vollen Umfang noch gar nicht zu bemessen sei.

---

# Provinz und Umgegend.

**z. Weißenfels, 4. Mai.** Der Kreistag des Landkreises Weißenfels fand zum erstenmal unter dem Vorsitz des kommissarischen Landrats Zimmermann, vordem Bürgermeister in Teuchern, statt. Die vielfach erhobenen Vorwürfe, daß der Landkreis in der ihm zugewiesenen Kartoffelversorgung nach auswärts versage, wurden vom Vorsitzenden in treffenden Belegen zurückgewiesen. Gegen das Jahr 1918 ist die Kartoffelanbaufläche des Jahres 1919 um 1452 Morgen (von 15 227 auf 13 775 Morgen) zurückgegangen. Trotzdem ist das Ablieferungssoll des Kreises um 8000 Zentner höher festgesetzt, wenn auch die Kartoffelernte 1919 (52½ Zentner Durchschnittsertrag pro Morgen laut Provinzialkartoffelstelle) gegen 1918 einen erheblichen Minderertrag (65 Zentner im Durchschnitt) erbrachte. Die Landwirtschaft des hiesigen Kreises ist im allgemeinen und wesentlichen in der Kartoffelwirtschaft ihren Lieferungsverpflichtungen nachgekommen. — Es wurde beschlossen, die Kartoffelstelle (G. m. b. H.) beizubehalten, sie jedoch im Innern umzugestalten und durch Wiedereinstellung eines Beamten für eine passende Oberleitung sämtlicher wirtschaftlicher Betriebe zu sorgen. — Dem Ausbau der Weißenfels—Roßbacher Gruben- und Anschlußbahn in eine dem öffentlichen Verkehr dienende Kleinbahn wurde zugestimmt. Nach dem Kostenanschlag sind dazu 600 000 M erforderlich. Es ist dazu die Gründung einer G. m. b. H. beabsichtigt, die mit den Eigentümern der gen. Bahn einen Vertrag abschließt, nach dem ihr die Grubenbahn auf die Dauer der ihr von der Aufsichtsbehörde erteilten Konzession verpachtet wird. Es wird von der Stadt Weißenfels eine Beteiligung mit 200 000 M und vom Kreise Weißenfels, sowie von den in Frage kommenden Ortschaften Tagewerben, Reichardtswerben und Posendorf eine solche in Höhe von 100 000 M erwartet, wozu die Bewilligung schon eingeräumt ist. Der Kreistag beschloß, bei der Gründung des Kleinbahnunternehmens Weißenfels—Roßbach Aktien im Nennwerte von 68 000 M zu übernehmen. — Die vermehrten Ausgaben machen die Erhebung einer Nachsteuer für 1919 in Höhe von 50 Prozent des Kreissteuersolls notwendig. — Für die Verpachtung des Obstes an den Kreisstraßen sollen verschlossene und versiegelte Gebote für die einzelnen Kreisstraßenzüge entgegengenommen werden. Es soll aber auch die Abgabe auf ein Gesamtgebot, einmal für Kirschen, zum andern für Hartobst nicht ausgeschlossen sein. Eine sechsgliedrige Kommission wird im Einverständnis mit dem Kreisausschuß über die dem Pächter aufzuerlegenden Bedingungen beraten. — Die vom Kreistagsabg. Henniger-Meineweh gegebene Anregung, dem Herrn Regierungspräsidenten die Bitte zu unterbreiten, die endgültige Ernennung des kommissarischen Landrates, der sich während seiner kurzen Tätigkeit das Vertrauen der Kreisbevölkerung erworben habe, beim Herrn Minister des Innern baldigst zu erwirken, fand einmütige Zustimmung.

† **Zeitz, 4. Mai.** Bei den Elternbeiratswahlen für die hiesige Knaben- und Mädchenvolksschule bekam die Liste der U. S. P. gegenüber der unpolitischen Liste die überwältigende Mehrheit.

† **Eisleben, 4. Mai.** Hier sind die Arbeiter der hiesigen Gasanstalt in den Ausstand getreten. Sie hatten der Direktion die Forderung einer 25 prozentigen Lohnerhöhung unterbreitet, die aber mit Rücksicht auf die daraus sich ergebende Steigerung des Gaspreises abgelehnt wurde.

† **Naumburg, 4. Mai.** Überfallen und schwer verletzt wurde in Wilsdorf nach einem Tanzvergnügen der Handelsmann Walter Kuhnt aus Bad Kösen. Es wurde ihm dabei seine Barschaft in Höhe von 65 000 M geraubt. Der Überfallene lag infolge starken Blutverlustes bewußtlos am Tatorte und wurde in das Naumburger Krankenhaus eingeliefert, konnte jedoch, nachdem er sich erholt hatte, wieder entlassen werden. Dem Täter glaubt man auf der Spur zu sein.

b. **Zerbst, 4. Mai.** Um Mittel für den Bau und die Unterhaltung der Kreisstraßen zu gewinnen, hat der Kreistag die Einführung einer Zugviehsteuer beschlossen, wonach künftig für Pferde, Maultiere, Esel und Ochsen eine Jahressteuer von 20 M abwärts erhoben wird. Selbst Ziegenböcke, wenn sie als Zugtiere dienen, kosten 4 M Steuern.

b. **Aus der Altmark, 4. Mai.** Aus Anlaß des Kapp-Putsches war gegen den Landrat v. Lossow in Osterburg auf seinen Antrag, da er sich anders der fortwährenden Beschuldigungen der Linksradikalen nicht erwehren konnte, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Jetzt hat Staatskommissar Pohlmann in Magdeburg dem Landrat den Bescheid erteilt, daß die eingehende Untersuchung alle Beschuldigungen als hinfällig erwiesen habe. Der Staatskommissar bittet den Landrat, sein Amt weiter zu behalten.

# Merseburg und Umgegend.

5. Mai.

**** Die Kündigung der Fernsprechanschlüsse vor der Tausendmarkabgabe.** Das Gesetz über die Telegramm- und Fernsprechgebühren tritt mit dem 1. Juli 1920 in Kraft. Über die Einzelheiten der neuen Gebührenordnung hatten wir schon berichtet. Nach dem Entwurfe ist jeder Fensprechteilnehmer berechtigt, seinen Anschluß bis zum 15. Juni zum 30. Juni zu kündigen. Der Übergang zu einer niedrigeren Gebührenart ist erst zum 1. Oktober zulässig. Der einmalige Beitrag ist bei Anschlüssen, die bis zum 1. Okober aufgehoben werden, nicht zu entrichten. Jeder Fernsprechteilnehmer soll für jeden Hauptanschluß 1000 M, für jeden Nebenanschluß, auch für jeden von einem Privatunternehmer hergestellten, 200 M einmalig zur Verfügung stellen. Der Betrag kann in vier Raten gezahlt werden und soll mit 4 v. H. verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurückgegeben werden. Die Zinsen werden dem Teilnehmer am Schlusse jeden Jahres vergütet. Neben sämtlichen Sprechgebühren soll die Gebühr für Nebenleitungen für zuschlagspflichtige Leitungsstrecken, für die Verlegung von Sprechstellen um 100 v. H. erhöht werden.

**** Der neue Stimmzettel.** Das neue Reichstagswahlgesetz ändert auch den Stimmzettel. Es wird bei der nächsten Wahl nicht mehr notwendig sein, alle Kandidaten auf ihm zu benennen. Es genügt durchaus, wenn einer aus der aufgestellten Liste auf dem Stimmzettel steht. Er gilt dann für die ganze Liste, auch kann die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen. Wichtiger als diese Bestimmungen ist der Wegfall der bisherigen Anordnung, daß der Stimmzettel auf geglättetem weißen Papier gedruckt werden muß. Diese Bestimmung hat längst ihren Sinn verloren, seitdem die Abgabe des Stimmzettels im undurchsichtigen Kuvert vorgeschrieben ist. So wird bei den kommenden Wahlen der Stimmzettel auf Zeitungspapier gedruckt werden können und wird dann trotz des hohen Papierpreises doch nur einen Bruchteil eines Pfennigs kosten, während die auf dem bisher vorgeschriebenen geglätteten weißen Papier mehrere Pfennige gekostet hätten, was neben der sonstigen Vergrößerung der Wahlkosten eine ganz außergewöhnliche Verteuerung der Wahlvorbereitungen hervorgerufen hätte.

**** Richtig frankieren.** Das Postgebührengesetz war bekanntlich der Nationalversammlung nochmals zur Beschlußfassung vorgelegt worden, weil der Reichsrat der sofortigen Beseitigung der portopflichtigen Dienstsachen widersprochen hatte. Die Nationalversammlung hat am Donnerstag die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Die erhöhten Gebührensätze treten am 6. Mai in Kraft. Es beträgt künftig die Gebühr für Postkarten 30 ₰, für den Brief bis 20 Gramm 40 ₰, über 20—250 Gramm 60 ₰, für die Drucksache bis 50 Gramm 10 ₰, bis 100 Gramm 20 ₰, bis 250 Gramm 40 ₰, bis 500 Gramm 60 ₰ und für 1 Kilogramm 80 ₰. So wird dem Handel und dem Verkehr auf die Beine geholfen!

**** Die Preiserhöhung für Margarine wieder aufgehoben.** Vor einem Monat machte der Reichswirtschaftsminister bekannt, daß die anhaltende Preissteigerung die Kosten der Margarineherstellung bedeutend erhöht habe. Einige Tage später erfolgte die neue Preisfestsetzung auf 30,75 M für das Kilo. Dieser Preis galt vom 1. April ab. Inzwischen sind nun von den verschiedensten Seiten, u. a. auch vom Bundesstaat Bayern, gegen diese gewaltigen Margarinepreise Vorstellungen erhoben worden. Es stellte sich der sonderbare Zustand heraus, daß die Butter billiger als die doch zweifellos geringwertige Margarine ist. Die vielseitigen Proteste haben jetzt den Erfolg gehabt, daß, wie wir an zuständiger Seite erfahren, der alte Margarinepreis von 21 M für das Kilo wieder festgesetzt werden wird. Eine dementsprechende Verordnung des Reichsernährungsministers ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Allerdings ist dabei, wie uns erklärt wird, das Reich der Leidtragende. Ohne große staatliche Zuschüsse, wird betont, ist die alte Preisnormierung nicht möglich.

**** Sonntagszugverkehr.** Eine angenehme Überraschung machte die Eisenbahndirektion dem Publikum am 30. April mit der Nachricht, daß vom 2. Mai ab der Sonntagsverkehr wieder eingeführt wird. Nach dem neuen Fahrplan werden an Sonntagen ungefähr die gleichen Züge gefahren (mit Ausnahme einiger Züge des Nah- und Arbeiterverkehrs) wie an den Wochentagen. Nicht nur der Erholungsbedürftige, sondern auch der Geschäftsmann wird der Eisenbahn dankbar sein, daß sie sich entschlossen hat, den Sonntagsverkehr wieder einzuführen.

**** Die Schwalbe,** die mit den ersten Maitagen in voller Zahl wieder bei uns eingezogen ist, ist mehr als jeder andre Vogel mit dem Gemüt des deutschen Volkes verwachsen, sie gehört überhaupt zu denjenigen Vögeln, die die Zuneigung fast aller Völker besitzen. Und mit Recht, denn sie zählt zu den anmutigsten, gewandtesten und behendesten Vögeln, zugleich aber auch zu den zutraulichsten und liebenswürdigsten. Verträglich und gesellig, mutig und keck, bewegungsfroh und anmutig, gleichviel ob sie sitzt oder fliegt, versteht sie es, die Aufmerksamkeit und die Beachtung selbst des gleichgültigsten Menschen auf sich zu lenken. Besonders mag dazu beigetragen haben, daß die Schwalben zum großen Teil in unseren Gebäuden nisten; die Rauchschwalben mehr im Innern von Viehstallungen, Scheunen usw., die Mehlschwalben an den Außenwänden, unter Vorsprüngen und Gesimsen. Leider werden dem Nestbau neuerdings viel Schwierigkeiten bereitet, da die Schwalben sehr schmutzen. Wohl ließe sich diesem Übel durch Kotbretter abhelfen, aber dazu sind die meisten Menschen zu bequem. — Möge es aber sein, wie es will, uns sind sie als sichere Künder der schönen Jahreszeit stets willkommen.

**** Kündigung von Mietwohnungen durch Vermieter zum 1. Okt. 1920 in Merseburg.** Vermietern, welche aus dringenden Gründen genötigt sind, ihren Mietern zum 1. Oktober 1920 die Mietwohnung aufzukündigen, wird empfohlen, den Antrag auf Genehmigung ihrer Kündigung durch das Mieteinigungsamt bei letzterem bis spätestens zum 20. Mai 1920 einzureichen. Später eingehende Anträge können in Anbetracht der Anhäufung der mit der Erledigung dieser Anträge verbundenen Geschäfte voraussichtlich vor dem 1. Juli 1920 nicht mehr rechtzeitig erledigt werden.

**** Wann sind Nachtfröste zu erwarten?** Die größte Sorge des Gärtners ist in diesen Wochen der Schutz seiner Kulturen vor dem Nachtfrost, dieses gefährlichsten Feindes des Frühgemüsebaues. Durch rechtzeitiges Bedecken der Pflanzen mit Reißig, Matten und sonstigen Deckmitteln kann der Schaden verhütet werden, die Schwierigkeit ist nur, das Eintreten des Frostes vorauszusehen. Nutzlose Arbeit muß möglichst vermieden werden. Da gibt es nun ein ebenso einfaches, wie sicheres Mittel, schon am Nachmittag bestimmt festzustellen, ob die Nacht Frost bringen wird oder nicht. Nach einer alten Beobachtung fällt bei wolkenlosem Himmel der Thermometerstand der Nacht stets mit dem Taupunkt zusammen. Unter Taupunkt versteht man denjenigen Wärmegrad der Luft, bei dem diese mit Feuchtigkeit vollauf gesättigt ist. Sobald die Temperatur unter den Taupunkt sinkt, scheidet sich ein Teil der Luftfeuchtigkeit in Form von Tau, Reif, Regen oder Schnee aus. Um den Taupunkt zu ermitteln, verfährt der Gärtner folgendermaßen: Die Quecksilberkugel eines einfachen Glasthermometers wird fest in einem Bausch von Gaze oder Watte eingehüllt und das Thermometer im Freien schattig aufgehängt. Nachmittags gegen 2 Uhr befeuchtet man den Bausch tüchtig mit kaltem Wasser. Nach 20 Minuten liest man den Stand der Quecksilbersäule ab und zieht von der Gradsumme 7 Grad ab, wenn die Skala nach Reaumur, 8½, wenn sie nach Celsius rechnet. Die so gefundene Temperatur ist der Taupunkt und stimmt mit dem niedrigsten Wärmegrad der kommenden Nacht überein. Bei stark bewölktem Himmel, bei feuchtem, westlichen Winde oder gar bei Regenwetter ist unter keinen Umständen Nachtfrost zu befürchten. Bei sehr warmem sonnigen Wetter dagegen kann es vorkommen, daß infolge der starken raschen Wärmeausstrahlung der Erde am Abend die zarten Triebe junger Pflanzen schon erstarren, bevor noch die Luft den Gefrierpunkt erreicht hat. An solchen Tagen ist es ratsam, auch dann Maßnahmen gegen Nachtfrost zu treffen, wenn der auf die beschriebene Weise ermittelte Taupunkt noch 2 Grad über Null liegt.

**** Der goldene Mittelweg ist gefunden!** Man schreibt uns: Nicht 12 000, nicht 20 000, sondern 15 000 M bilden die Krankenversicherungsgrenze für Handlungsgehilfen, Betriebsleiter, Prokuristen usw. Vom 10. Mai d. J. ab treten diese neuen Bestimmungen in Kraft und bis zum 17. Mai muß das Ruhen der Rechte und Pflichten bei der zuständigen Zwangskrankenkasse — Orts-, Betriebs-, Innungskrankenkasse — beantragt werden, von Mitgliedern, die Ersatzkassen bereits angehören oder diesen jetzt neu beitreten. Neu ist ferner auch, daß bei Knappschaftskrankenkassen erneut versicherungspflichtig werdende kaufmännische Angestellte dort als Ersatzkassenmitglieder den Ruheantrag stellen können, um bei diesen von der eigenen Beitragszahlung befreit zu werden. Jede Auskunft gibt gern die Kranken- und Begräbniskasse des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen hier durch Fritz Seelig, Wilhelmstraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0002

** **Auflieferungen von größeren Mengen von Briefsendungen bei der Postanstalt.** Es ist wiederholt beobachtet worden, daß die Auflieferer größerer Mengen von Briefsendungen und Drucksachen die Sendungen in die Straßenbriefkasten werfen, sodaß diese häufig dadurch vollständig gefüllt werden. In solchen Fällen bieten die Briefkästen bis zur nächsten Leerung anderen Auflieferern zum Einwerfen von Sendungen keinen genügenden Raum mehr, und die gleichwohl noch hineingezwängten Briefschaften werden nicht selten beschädigt oder verschieben sich in Drucksachensendungen. Im allgemeinen Interesse liegt es daher, größere Mengen von Briefen und Drucksachen stets bei den Ortspostanstalten selbst aufzuliefern.

** **Schonzeit für Rehböcke.** Der Bezirksausschuß in Merseburg hat sich dahin entschieden, den Schluß der Schonzeit der Rehböcke für 1920 auf den 15. Mai d. J., den gesetzlichen Termin festzusetzen.

** **Über die Zuteilung der Kriegerhinterbliebenen an bestimmte Fürsorger** gibt der kommissarische Landrat des Kreises folgendes bekannt: Alle diejenigen Kriegerhinterbliebenen des Stadtbezirkes Merseburg, die von dem Kriegsfürsorgeamt des Kreises Merseburg noch kein Benachrichtigungsschreiben über Zuweisung an einen bestimmten Fürsorger erhalten haben, haben sich umgehend an das vorbenannte Fürsorgeamt, Kleine Ritterstraße 15 I, Zimmer Nr. 6—8, zu wenden, damit auch für sie ein Fürsorger ernannt wird. Es soll bezweckt werden, daß auch für diejenigen Hinterbliebenen, die der Fürsorgestelle bisher nicht bekannt waren, die Fürsorge ausgeübt werden kann.

** **Sinken der Schuhpreise in Sicht?** Wie uns aus Dresden gemeldet wird, teilt das Landwirtschaftsamt des Freistaates Sachsen über den Preisabbau auf den Häutemärkten folgendes mit: Den durch die Besserung des Markkurses bewirkten Preisrückgang suchen die Interessenten durch Ringbildung zu beheben. So beschloß die achte Zentralauktion des Schutzverbandes der Häuteverwertungen Mitteldeutschlands, am 14. Mai in Kassel große Viehhäute nicht zur Versteigerung zu bringen, sondern sie in Leipzig in einigen Wochen in Hoffnung auf bessere Börsenlage zu versteigern. Es ist Aufgabe der Preisbehörden, volkswirtschaftlich ungünstigen Erscheinungen und etwaigen Übelständen, die bei der Preisbildung der knappen Rohstoffvorräte keineswegs ausgeschlossen sind, entgegenzutreten. Das Landespreisamt hat deswegen die Vorbereitung und Entwicklung der Leipziger Auktion beobachtet und war durch Beamte, die, um ähnliche Vorgänge wie bei der Kasseler Auktion zu verhindern, mit weitgehenden Vollmachten versehen waren, auf der Auktion vertreten. Die Preisbildung bei dem weiteren Verteilungsprozeß wird vom Landespreisamt überwacht werden. Das starke Sinken der Häutepreise kann unmöglich auf die Leder- und Schuhwarenpreise ohne Einfluß bleiben, so sehr man sich auch in gewissen Kreisen bemüht, das Publikum von der gegenteiligen Auffassung zu überzeugen.

** **Ausfüllung der Wählerkarten.** In den letzten Tagen sind die von der Stadt beschafften Wählerkarten zur Ausfüllung an die Haushaltungsvorstände ausgegeben worden. Die verausgabten Wählerkarten sind von allen denjenigen wahlberechtigten Personen auszufüllen, welche am 6. Juni d. J. das 20. Lebensjahr vollendet haben. Diejenigen wahlberechtigten Personen, denen am 4. Mai 1920 keine Wählerkarte zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 zur Ausfüllung zugestellt sein sollte, werden gebeten, die Wählerkarten am Freitag, den 7. d. M., in der Zeit von 4—7 Uhr nachmittags, im Wahlbüro — altes Rathaus, kleiner Sitzungssaal — auszufüllen. Ausweise sind mitzubringen.

** **Verpachtung der städtischen Jagd.** Die Jagdnutzung auf den Grundstücken des nördlichen Jagdbezirks der Stadtgemeinde Merseburg ist an die Lederfabrikanten Paul und Wilhelm Wiegand in Merseburg, die des südlichen Bezirks an Obersekretär Adolf Pobolsky und Dentist Hubert Totzke, beide in Merseburg, auf die Zeit vom 1. Juni 1920 bis 31. Mai 1926 verpachtet. Die hierüber abgeschlossenen Pachtverträge liegen vom 3. Mai 1920 ab auf zwei Wochen in Zimmer 18 des Rathauses, 1 Treppe, öffentlich aus. Jeder Jagdgenosse kann während der Auslegungsfrist beim Kreisausschuß hierselbst gegen die Pachtungen Einspruch erheben.

** **Einheitstarif für die Brückengeld-Hebestellen an der Saale und Unstrut.** Für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg ist ein Einheitstarif für die Erhebung von Brückengeld an der Saale und Unstrut festgesetzt worden. Der Tarif wird im Amtsblatt des Kreises Merseburg, das der heutigen Zeitung beiliegt, veröffentlicht und empfehlen wir die genaue Durchsicht derselben.

** **Krieg den Wespen!** Es wird vielleicht manchem noch nicht bekannt sein, daß man es jetzt an sonnigen Tagen in der Hand hat, das Auftreten der Wespen, die unter Umständen zu einer recht fühlbaren Plage werden, auch dem Obst viel Schaden zufügen können, zu beschränken. Denn jetzt schon zeigen sich die Wespen und leicht kann man sie durch Süßigkeiten anlocken und töten. Jede jetzt auftretende Wespe ist nämlich eine Königin und man vernichtet in ihr, wenn man sie tötet, die fruchtbare Stammmutter ganzer zukünftiger Wespenkolonien.

** **Merseburg—Schafstädt.** Seit Sonntag den 2. Mai ab verkehrt Sonntags zwischen Merseburg—Schafstädt ein Zug mit nachstehendem Fahrplan: Merseburg ab 1,15 Uhr, Knapendorf ab 1,38, Milzau ab 1,46, Lauchstedt ab 1,55, Großgräfendorf ab 2,05, Schafstädt an 2,13 Uhr. — Für Wochentage bleibt der bisherige Fahrplan unverändert bestehen.

** **Verbotener Verkauf von Brotmarken.** In einer Bekanntmachung weist der komm. Landrat unseres Kreises erneut darauf hin, daß die entgeltliche Übertragung von Brotmarken (auch der Umtausch gegen andere Gegenstände) verboten ist. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Verordnung vom 30. August 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 ℳ oder mit einer dieser Strafe belegt. Wird die strafbare Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 100 000 ℳ erhöht werden. Daneben kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

** **Die hiesige Ortsgruppe des Hilfsbundes für vertriebene Elsaß-Lothringer im Reiche** veranstaltet am Sonntag einen Familien-Spaziergang nach Niederbeuna. Treffpunkt hinter dem Neuen Schützenhaus. Alle noch der hiesigen Ortsgruppe fernstehenden Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen sind zur Teilnahme eingeladen.

** **Für Angestellte bei Behörden.** Der G. d. A. veranstaltet am morgigen Donnerstag einen besonders für die Angestellten aller Behörden wichtige Versammlung im Gasthaus „Halber Mond" hier. Weshalb, geht aus der diesbezüglichen Anzeige in dieser Nummer hervor, auf die an dieser Stelle hingewiesen wird.

** **Der Zirkus P. Althoff,** der bekanntlich seit Sonnabend auf dem Rulandtsplatz ein Gastspiel gibt, hatte bisher nur den besten Besuch seiner Vorstellungen, die wirklich Gutes bieten, zu verzeichnen. Das verlängerte Gastspiel beendet er aber heute abend. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteile dieser Zeitung ersichtlich.

** **Das Bestehlen von Kohlenfuhrwerken durch die Jugend.** Aus unserm Leserkreise wird uns geschrieben: Als mehrmaliger Beobachter einiger Vorgänge halte ich es für die Pflicht der Öffentlichkeit, das Augenmerk auf die sehr betrüblichen Zustände in der Erziehung und Moral der noch schulpflichtigen Jugend hinzuweisen. Es wäre es sehr angebracht, daß sich die Polizei einmal und nachhaltig dieser Angelegenheit annimmt, da die Autorität und Erziehung seitens der Eltern anscheinend völlig versagt oder noch Vorschub leistet. Auf der Naumburger Straße zeigt sich in den Mittagsstunden ein reger Verkehr von Kohlenfuhrwerken nach der Stadt. Die Kutscher sitzen meistenteils vorn auf oder gehen nichts ahnend an der Seite, während ihre Fahrzeuge hinten von der schulpflichtigen Jugend bestohlen werden. Und die Raffiniertheit, mit welcher das ausgeführt wird, läßt schon die Übung darinnen erkennen. Oft werden schon auf den Wagen mitgebrachte Säcke gefüllt, oft werden auch die so gestohlenen Kohlen im Arm nach dem Wäldchen zwischen Gefangenenlager und Feldschlößchen (in dieser Gegend spielt sich alles ab) gebracht und dort in schon bereits fertiggestellte Erdlöcher vergraben. Wer übrigens einmal durch das Gebüsch da geht, wird alltäglich frisch aufgeworfene Erde sehen. Abends sieht man dann oft auf dem unteren Fußweg Handwagen stehen und das gestohlene Gut wird darauf verladen und abtransportiert. Auf Mahnungen und Warnungen hat die löbliche Jugend nur freche Ausdrücke und höhnische Gesichter als Antwort, und bei Nähertreten sind sie bald im Gebüsch verschwunden.

K. J.

*

## Der Wahlausschuß für den 13. Wahlkreis

befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Nachfolge des Abgeordneten Hennig. Nachdem Frau Anna Sachse den Wahlauftrag für die Preußische Landesversammlung abgelehnt hat und auch die nächsten Bewerber verzichtet haben, wird das Mandat wahrscheinlich auf den Schriftleiter August Kilian übergehen.

*

### Sitzung des Elternbeirats von Volksschule I.

Der Elternbeirat der Schule am Windberg hielt am Dienstag abend im Lehrerzimmer der Altenburger Schule eine Versammlung ab, zu der von 17 Mitgliedern 10 erschienen waren. Das Lehrerkollegium hatte zu der Sitzung eine Einladung erhalten und hatte sich fast vollzählig eingestellt. Der Vorsitzende, Herr Schröder, begrüßte die Anwesenden und bat um recht lebhafte Beteiligung an der Aussprache. Aus der Fülle des Stoffes, der während der etwa dreistündigen Beratung zur Sprache kam, sei folgendes hervorgehoben. Es ist dringend zu fordern, daß die armseligen Räume der Schule am Windberg nicht mehr dem Unterrichte dienen, weil sie gesundheitsschädlich und nicht für ihre Zwecke würdig sind. Es soll eine Eingabe an die städtischen Behörden eingereicht werden, in der der Ausbau des Südflügels der Kaserne zu Unterrichtszwecken verlangt wird. Sehr nötig ist die Einführung des Badezwanges für die Volksschulkinder. Die eintretenden Schwierigkeiten, die zahlreichen Klassen der Volksschulen und schließlich auch der Mittelschulen zum Baden zu führen, werden nicht verkannt, doch soll auch in dieser Hinsicht ein entsprechender Antrag gestellt werden. Ein großer Mangel in Volksschule I ist es, daß das Ölen der Fußböden jahrelang unterblieben ist. Lehrer und Schüler haben unter dem Staub bedenklich zu leiden. Auch hier ist schnelle Abhilfe zu verlangen. Was das Kinderfest betrifft, ist sich Elternbeirat und Lehrerschaft einig, daß es mindestens auch noch in diesem Jahre auszufallen hat, weil die damit verbundenen Kosten für die Eltern unerschwinglich sind. Vielleicht kann das von der Stadt vereinnahmte Geld aus der Benutzung des Rulandtplatzes verwendet werden, den Volksschulkindern freie Lehrmittel zu verschaffen. Es wird die gute Einrichtung der nunmehr dreiklassigen Pestalozzischule (früher Hilfsschule) zur Sprache gebracht und hervorgehoben, wie schön es dort gelingt, die geistig zurückgebliebenen Kinder zu fördern. Der Vorsitzende empfiehlt den Besuch dieser Schule, die eine Wohltat für die Kinder ist. Eine heikle Angelegenheit ist die Bekämpfung des Ungeziefers für Kinder, Lehrer und Eltern. Die Schule hat sich schon seit Jahren damit befaßt, ohne freilich wesentliche Ergebnisse zu erzielen. Einmütig wurde der Standpunkt vertreten, daß es in erster Linie Sache der Eltern sei, diese Plage zu beseitigen. Es ist zu verstehen, daß unsauberen Kindern in der Klasse ein besonderer Platz zugewiesen wird; doch gehörte dahin eigentlich nicht das Kind, sondern dessen Mutter, die es an der nötigen Pflege hat fehlen lassen. Der Elternbeirat bildet eine Kommission, die mit dem Elternhause die nötige Fühlung nehmen wird, obgleich dabei gewisse Gefahren nicht ausgeschlossen sind. Auch soll die Angelegenheit in einer demnächst zu veranstaltenden Elternversammlung eingehend besprochen werden. Es kommen noch zur Sprache die Entfernung der Kaiserbilder und die Einrichtung der Schülerwanderungen. Daß derartige Wanderungen durch die Schule ausgeführt werden sollen, wird freudig begrüßt. Die Kinder finden dadurch mehr als bisher Gelegenheit, die Natur kennen zu lernen. — Der Vorsitzende, dessen sichere und unparteiische Leitung hervorgehoben zu werden verdient, schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Sitzungen des Elternbeirats dazu dienen möchten, engere Verbindung zwischen Schule und Haus herbeizuführen.

*

### Feuerbestattung und Friedhofskunst.

Der vom Verein für Feuerbestattung veranstaltete Vortragsabend im Tivoli-Saale gestern war mäßig besucht. Über allen Veranstaltungen der letzten Zeit schwebt der wirksame Bierpreis-Schrecken. Der Einladung des Vereins hatten Magistrat und Stadtverordnete entsprochen. Der Vorsitzende Dr. Witte begrüßte die Versammlung und die Gäste und schickte dem Abend eine kurze Einleitung voraus. Er ging hierbei aus von dem Wort des schwedischen Nordpolforschers Fritjof Nansen: Europa ist krank und Chaos. Schließlich aber müsse doch der Geist den Sieg erringen, der aus der alten ewigjungen Natur schöpfend, neue Lebenswerte formt, die Welt der wirklichen Menschen und Mitmenschen. Es gehört dazu die Arbeit unter der Fahne der Vernunft und des Geistes, um alle Gegensätze zu überbrücken und das tierische im Menschen zu überwinden, und es bedarf dazu guten Willens, Entgegenkommens und weniger Egoismus. Ein solches gemeinsames Arbeitsgebiet ist auch die Friedhofskunst und die Frage des Bestattungswesens. Dem Feuerbestattungsverein in Merseburg haben sich bereits 380 Mitglieder angeschlossen. Eine wichtige Aufgabe hat der Verein zu erfüllen bei der Schaffung des neuen städtischen Friedhofes, mit dem eine Einäscherungsanlage und eine Urnen-Beisetzungsanlage verbunden werden muß. Es geht nicht länger an, daß die Anhänger der Feuerbestattung in unserer Stadt auf auswärts oder auf Duldung und hohe Kostentragung auf den hiesigen Friedhöfen angewiesen sind. Die Stadt muß bei der Schaffung des neuen Kommunalfriedhofes diesen Wünschen entgegenkommen. Danach sprach städtischer Friedhofsinspektor Hannig aus Stettin über Friedhofskunst und Feuerbestattung. Er ging aus von dem Streben nach Kultur und Kunst in allen Zeiten und der sehr späten Entwicklung solcher rein deutschen Art, berührte die Zeit Schillers, Goethes und um 1848 und kennzeichnete die Zeit nach dem Milliardensegen von 1870 als die der Maschine, des Gelderraffens, des Mehrseinwollens und der Kulturverödung für Deutschland. Dies machte sich auf unseren Begräbnisstätten ganz besonders bemerkbar in den Anlagen, in der Ausgestaltung, in den Denkmälern und sonstigem Schmuck bemerkbar, statt ewigen Frieden zu atmen, zeigen sie die größte Unruhe und Unordnung, statt Naturschmuck die widersinnigste „Kunst" der Fabriken, Überladenheit mit weltlichem Prunk, größte Unversöhnlichkeit und Kulturlosigkeit der Friedhöfe und Grabmäler. Er stelle die Forderung auf: städtische Friedhöfe für alle Menschen und jede Bestattungsart, Bepflanzung und Ausgestaltung der Friedhöfe mit Waldgehölz, persönliche Kunst bei den Grabmälern, Schaffung eines wirklichen Friedenshaines in der Natur. Die beste Erfüllung dieser Forderungen zeigte er an den wirklichen Anlagen des Stettiner Parkfriedhofes, der 1918 einen Überschuß von 168 000 ℳ für den Stadtsäckel erbrachte. Auch für die Feuerbestattungsanlage muß es heißen: „Zurück zur Natur!" Auch hier sollen Pflanzungen von Waldgehölze angelegt werden, von einer übergroßen Bodenausnutzung soll abgesehen werden, bei allen Grabmälern soll Künstlertum bei größter Bescheidenheit mitsprechen.

An zahlreichen guten Lichtbildern und sachlichen Erklärungen führte er die Besucher dann vorüber und durch die Friedhofsanlagen in Mailand, Genua, Armenfriedhof in Paris, München, Winterthur, den außerordentlich naturschönen Parkfriedhof in Hamburg und den Parkfriedhof in Stettin, Feuerbestattungsanlagen in Hagen, Dresden, Plauen, der ganz modernen in Görlitz, dem häßlichen Krematorium in Leipzig; Dom und Friedhof in Hildesheim, Nürnberg, eine Grabmalfabrik, Friedhof in Brandenburg, Holzmäler in Treptow, Versuch eines Urnenfriedhofes in Halle und Stettin bei Ausstellungen, Goethedenkmal in Weimar, Persönlichkeitsdenkmäler auf dem Friedhof in Stettin und moderne widersinnige Fabrikdenkmäler, Ehrenfriedhöfe an der Ostfront und eine vorgeschichtliche Bestattungsstätte. Er schloß den Vortrag mit weiteren Ausführungen darüber, daß unser Aufstieg nur in der Arbeit und der künstlerischen Wiedergeburt unseres Volkes liege. Die Feuerbestattung habe nur noch dumme oder böswillige Gegner. Die städtischen Verwaltungen mögen überall für städtische Friedhöfe sorgen und dafür, daß diese Friedhöfe große Anlagen erhalten mit springenden Quellen und singenden Vögeln, Ewigkeitsfrieden und Naturschönheit, und sie sollen Grabmäler erhalten, die bescheiden aber künstlerische Werke im Persönlichkeitsausdruck sind. Dem Vortrag wurde allseitig Beifall gezollt.

Der Vorsitzende, Dr. Witte, legte darauf der Versammlung eine Entschließung vor, die die eingangs erwähnten Wünsche der Feuerbestattung bei der Anlage des kommenden städtischen Friedhofes hinsichtlich der Schaffung einer Einäscherungs- und Urnenbesetzungsanlage der Stadtverwaltung zur dringenden Berücksichtigung unterbreitet. Hierzu sprach ein Versammlungsteilnehmer abwegig, indem er sich gegen den Monismus wandte und für die christliche Anschauung einsetzte. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte die Versammlung, diese Ausführungen nicht weiter anhören zu wollen. Der Diskussionssprecher erkannte hierauf die Wünsche der Feuerbestattungsanhänger an, forderte aber zuerst die Fürsorge für die Lebenden, indem man in Merseburg einmal genügend Wohnungen schaffe, man könne die vielen Kosten für die Anlagen für die Feuerbestatter für den Wohnungsbau verwenden. (Diese Kosten reichen nicht zum Bau eines einzigen zweistöckigen Hauses!) Nur ein oder zwei Teilnehmer stimmten ihm zu. Dem Diskussionsredner antworteten der Vorsitzende und der Referent in ganz kurzen sachlichen Worten. Darauf erklärte sich die Versammlung für die Annahme der vorgelegten Entschließungen an die Stadtverwaltung und der Vorsitzende konnte die Versammlung um 10 Uhr mit Dankesworten schließen.

S.

*

### Deutscher Evangelischer Gemeindetag.

Unter zahlreicher Beteiligung aus dem Reich wurde in Leipzig die 7. Tagung eröffnet, die vor allem Fragen der neuen Zeit behandelt. Sie begann in der altehrwürdigen Thomaskirche mit einem nach neuzeitlichen Idealen gestalteten Gottesdienst. Die Predigt hielt Generalsuperintendent Schöttler aus Magdeburg. Nach ihm forderte ein Maurermeister die Laien auf zur Mitarbeit an der neuen Volkskirche. Über solchen in Leipzig begonnenen Helferdienst und die Entwickelung der dortigen Gemeinden hörte man Näheres am Begrüßungsabend, in dem auch die Vorsitzenden des Gemeindetages Pfarrer D. Stock aus Berlin-Lichterfelde und Universitätsprofessor D. Dr. Schian aus Gießen Ansprachen hielten. Die erste Hauptversammlung behandelte das Thema „Die Kirchengemeinde als Grundlage der neuen Kirchenverfassung". Konsistorialpräsident Dr. Curtius betonte: An Stelle des alten Kirchenregiments darf nicht ein neues treten, der Staat darf nicht wieder in das kirchliche Leben eingreifen. Die Vertreter der Einzelgemeinde haben die Mitglieder der Synode zu wählen, deren Ausschuß die laufenden Geschäfte besorgt. Der Verband der Gemeinden bildet die Kirche. Diese beruft zum Lehramt theologisch gebildete Geistliche. Die Aufgabe der neuen Kirchenverfassung ist die Vereinigung des synodalen und bischöflichen Prinzips. Gegen letzteres wandte sich der Mitberichterstatter D. Schian, der trotz großer Übereinstimmung gegensätzlich betonte, wieviel die Gemeinden den Landeskirchen danken: ein freier Zusammenschluß der Gemeinden als „Kirche" genügt kaum. Die Frage, ob mittelbare oder unmittelbare Wahlen zur Synode, ist lediglich noch den Gesichtspunkten kirchlicher Zweckmäßigkeit zu entscheiden. In der lebhaften Aussprache wurde auf Grund von Erfahrungen Stimmung laut für die Urwahlen. Die Berichterstatter betonten zum Schluß, daß für jeden Fall den Kirchengemeinden freie Entwickelung verbürgt werden muß.

*

## Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Donnerstag den 6. Mai.)

**Ausgabe:** ½ Pfund Haferflocken auf Quittung Nr. 41; ½ Pfund Bohnen auf Quittung Nr. 42; 1 Pfund Konserven auf Quittung Nr. 43; ½ Pfund Marmelade auf Quittung Nr. 45 in den vorige Woche angemeldeten Geschäften.

Freibank: Für die Ordnungsnummern 2151—2300, vormittags von 8—9 Uhr.

Merseburg-Land: Für 2. bis 8. Mai auf gewöhnliche Fettmarken 100 Gramm Fett, auf Zusatzfettmarken 50 Gramm.

**Anmeldung:** Lebensmittel für 10 bis 16. Mai auf Bezugschein Nr. 45 (½ Pfund Bohnen), Bezugschein Nr. 46 (½ Pfund Erbsen), Bezugschein Nr. 47 (½ Pfund Weizenmehl), Bezugschein Nr. 48 (½ Pfund Marmelade), Bezugschein Nr. 49 (100 Gramm Zichorie).

In den Speisewirtschaften abzugeben Bezugschein Nr. 45.

Margarine auf jede städtische Fettmarke 150 Gramm; auf K-Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter; G-Fettmarke 50 Gramm Margarine; L-Fettmarke 50 Gramm Margarine. Ausgabe Sonnabend dieser Woche.

---

Q. **Ermlitz,** 4. Mai. Auf dem Heimwege von einem Nachbarhause, wo Polterabend gefeiert wurde, kam das 5 jährige Söhnchen des Bahnarbeiters Bach so unglücklich zu Falle, daß er ein Bein brach. So fand die Freude ein jähes Ende. Das Kind mußte auf ärztliche Anordnung zur Klinik nach Halle gebracht werden.

§ **Ennewitz,** 4. Mai. Hier wurde von einem Aufsichtsbeamten das Geschirr eines Fleischermeisters aus Leipzig angehalten, auf dem sich mehrere Ziegen befanden. Bei näherer Untersuchung lagen auf dem Boden des Wagens zwei fette Hammel mit zusammengebundenen Füßen, ein dritter Hammel war bereits geschlachtet. — Kurze Zeit darauf kam den Feldweg entlang ein mit 4 Personen besetztes Automobil. Als der Chauffeur des Beamten ansichtig wurde, hielt er, kehrte um und in rasendem Tempo ging es zurück. Trotzdem der Beamte nach dem Auto schoß, hielt der Führer nicht an, jedenfalls handelte es sich um eine Schiebergesellschaft ersten Ranges. — Am 1. Mai wurde hier eine Geheimschlächterei beim Fleischer und Landwirt Robert Kövel aufgehoben. Als der Beamte eintrat, konnten nicht schnell genug beiseite geschafft werden 4 Füße einer Kuh, der Kopf einer Kuh, 4 Füße eines Kalbes, das frisch geschlachtet war, und das Blut und Gedärme. Außerdem wurde vorgefunden ein modernes Jagdgewehr mit frischabgeschossener Jagdpatrone, mehrere 100 Schuß Infanteriemunition und ein modernes Teschin. Es handelt sich hier zweifellos um eine Schwarzschlächterei größeren Umfanges und konnte nachgewiesen werden, daß die Kuh vom Landwirt Becker in Wöllnau (Kreis Delitzsch) stammte. Den Passierschein hatte der Schwiegervater Kövels, der Gemeindevorsteher ist, ausgestellt.

§ **Lützen,** 5. Mai. Der Gesamtumsatz unserer Stadtsparkasse im Monat April betrug 3 847 390,50 ℳ (gegen 3 792 524,43 ℳ des Vorjahres), wovon 829 415,44 ℳ auf Spareinlagen und 1 693 877,93 ℳ auf Scheckverkehr entfallen.

g. **Aus dem Kreise,** 5. Mai. Die Frühjahrsbestellung der Halmfrüchte gilt als beendet, auch der größte Teil der Hackfrüchte ist dem Schoße der Mutter Erde anvertraut. Hier und da sind auch schon Gurkenkerne gelegt und das Drillen von Mais wird vorbereitet. Die Sommersaaten, Sommerweizen, Gerste und Hafer sind gut aufgegangen und entwickeln sich kräftig. Dabei wuchert aber auch das Unkraut, so daß das Hacken dieser Früchte, teils mit der Maschine, teils mit der Hand jetzt im Mittelpunkte der Hauptbeschäftigung steht. Frühzeitig bestellte Rüben zeigen sich ebenfalls schon; auch hier gibt es viel Unkraut, so daß das Hacken sich notwendig erweist. Erbsen weisen einen kräftigen Wuchs auf, desgleichen Weizen; nur Roggen steht vielfach dünn und treibt in die Halme. Die goldgelben Rapsfelder heben sich sichtlich von den smaragdgrünen anderen Flächen ab. Von den Kleearten hat Dreiblatt vereinzelt einen dünnen Stand; Esparsette und Lupine hingegen stehen üppig, so daß der erste Schnitt bald beginnen wird. Das Wiesengras hat gut angesetzt und verspricht eine gute Heuernte, so daß die Futteraussichten nach dieser Seite befriedigen.

g. **Aus der Elster- und Luppenaue,** 4. Mai. Im hiesigen Auengelände wird beobachtet, daß die Kiebitze von Jahr zu Jahr an Zahl zurückgehen, sicher eine Folge davon, daß durch das Kiebitzeier-Suchen viele Brutstätten zerstört werden; auch er heuer sind sie nur spärlich vertreten. Daneben ist die Wachtel, die früher hier häufig vorkam, in stetiger Abnahme begriffen und nur noch selten anzutreffen. Ganz verschwunden ist seit Jahren schon der Wiedehopf und in den weiten Feldmarken der Umgebung ist die früher daselbst nistende Trappe höchstens noch auf ihrem Durchzuge anzutreffen. Bei letzterer Vogelart ist jedenfalls die sich ausbreitende Industrie, wodurch die Feldmarken unruhiger werden, die Ursache ihres Verschwindens, während bei den übrigen dieselbe im Nachstellen zu suchen ist.

---

## Mücheln und Umgegend.

5. Mai.

⁑ **Mücheln,** 5. Mai. Dem Karl Schwarzeschen Ehepaar war es vergönnt, in geistiger und körperlicher Frische am 2. Mai das seltene Fest der goldenen Hochzeit zu feiern. Durch zahlreiche Glückwünsche und Geschenke wurde das Ehepaar erfreut.

⁑ **St. Micheln,** 5. Mai. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde dem früheren Ortsrichter, Landwirt Hermann Knobloch, hier, verliehen.

⁑ **Aus dem Unstruttale,** 5. Mai. In einem Unstrutorte sah sich ein Bergmann, Vater vieler Kinder, aus Not gezwungen, die Bäume, die dicht bei seinem Häuschen standen, umzuhauen und das Holz zu Geld zu machen. Beim Ausheben eines Baumstumpfes stieß er auf eine eiserne Truhe. Diese enthielt mehrere Schachteln. Eine war mit wertvollen Steinen, die anderen mit Gold- und Silbermünzen aus der Zeit vor dem Niedergang Preußens 1806/07 gefüllt. — So weiß das Henneberger Kreisblatt zu berichten.

---

## Wetterwarte.

V. W. am 6. 5.: Ziemlich heiter, trocken, Nacht kühl, Tag ziemlich warm. — 7. 5.: Teils heiter, teils wolkig, etwas wärmer, strichweise gewitterhafte Regenschauer.

---

## Turnen — Sport — Spiel.

### Ein Sternlauf.

Worauf die Menschen heute nicht alles kommen! so hört man sagen. — Ein Sternlauf? Da wollen die jungen Leute, Männlein und Weiblein, durch die Straßen rennen! Wäre es nicht besser, sie setzten sich zu Hause ruhig hin, damit sie an der Ernährung ihres Körpers sparten? Sie könnten nachsinnen, etwas besseres zu tun. Die Zeit zwingt uns doch zur Arbeit. Die Jugend wird von Tag zu Tag verdorbener. Es geht abwärts mit unserm Volke. Sogar die Schulen beteiligen sich an dieser zwecklosen Sache. — Alterchen, du hast vergessen, wie es war, als du jung warst. „Jung sein, heißt, sich bewegen! Jung sein, ist fröhlich sein!" Manche Menschen, namentlich ältere, können oft nicht fröhlich sein. Sie suchen dann nach Medizin. Die probateste ist der Alkohol. Er ist jetzt sehr teuer. Gar viele unverständige junge Menschen fröhnen ihm trotzdem. Sie können es sich doch leisten. Unsere Läufer gehören nicht zu denen. Sie haben andere Mittel, die allerdings nicht in dumpfen Räumen, sondern auf freien Plätzen zur Wirkung kommen. Darum schafft Spielplätze! Turner, Sportler, Bewegungsspieler, heraus zum Sternlauf! Zeigt, wie viele wir sind!

---

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0003

**Anzeigen.**

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

## Nachlaß-Auktion.

Donnerstag, den 6. Mai d. J., nachmittag 5 Uhr werde ich im Franz'schen Grundstück zu Netzsch eine Anzahl Nachlaßgegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, und zwar: 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Kommode, 1 Bettstelle mit Matratze, Tische, Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Hobelbank, Sägen, Hobel, Stemmeisen und versch. andere Haus- und Wirtschaftsgerät und Kleidungsstücke. Albert Franke, beeidigter Auktionator.

## Grundstücks-, Acker- und Wiesenverkauf.

Sonnabend, d. 8. Mai d. J., nachmittags 3 Uhr wird im Kirchner'schen Gasthaus zu Corbetha bei Merseburg der den Erben des verstorbenen Herrn Richard Thieme Corbetha Nr. 25 gehörige gesamte Grundbesitz bestehend aus:
Wohnhaus, Stallgebäuden u. Scheune mit ½ Morgen Garten u. ca. 20 Morgen Acker und Wiese, geteilt oder im ganzen,
öffentlich meistbietend versteigert. Bedingungen im Termin. Von 2 Bestbietenden sind je 2000,— Mk. Bietungskaution zu hinterlegen.
Im Auftrage der Erben: Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Am Anschluß hieran werden 1 Häckselmaschine, 1 Rübenschneider, 1 Marktwagen, 1 Ackerwagen, 1 großer Handwagen sowie verschiedene andere Geräte öffentlich meistbietend gegen Barzahlung im Grundstück Nr. 25 in Corbetha versteigert werden. D. O.

**Möbl. Zimmer frei**
Kleistr. 5, 2 Tr.

**Möbliertes Zimmer**
an Herrn zu vermieten. Besichtig. zw. 6—8 Uhr. C. Lindberg, Neubau am Feldschlößchenweg.

**Zwei möbl. Zimmer**
möglichst mit Kochgelegenheit, werden von jungem Ehepaar zum 1. Juni cr. od. s. spät. ges. Ang. unt 1042 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
m. Kochgel. von kdl. Ehepaar (Beamter) sobald als möglich ges. Bettw. wird gestellt. Angebote unt. 1053 an die Exped. d. Bl.

Jüngerer, anständiger Monteur sucht sofort ein
**möbl. Zimmer.**
Off. unt. 1010 an die Exp. d. Bl.

3. 1. 6. von ält., bess. Herrn
möbl. Zimmer
unweit Bahnhof gesucht. Off. unt. 1045 an die Exped. d. Bl.

Fräulein sucht
**möbl. Zimmer.**
Off. unt. 1041 an die Exp. d. Bl.

Ein junger Herr sucht
**möbliertes Zimmer.**
Angeb. unt. 1052 a. d. Exp. d. Bl.

**Bess. möbl. Zimmer**
mit elektr. Licht sofort gesucht. Ang. unt. 1027 an die Exp. d. Bl.

Älterer Herr sucht Mitte der Stadt heizb. Zimmer, Stub. od. Kammer, 200 Mk. Miete zahl. Off. unt. 1024 an die Exp. d. Bl.

**Junger Mann sucht**
durch Vermittlg. geg. gute Belohn.
**freundliche Schlafstelle.**
Gefl. Angebote unter 1044 an die Exped. d. Bl.

**Welche katholische Familie**
würde kath. jung. Mann in Logis nehmen? Bett kann gestellt werden. Ang. unt. 1047 a. d. Exp.

**Jg. Ehepaar**
**sucht z. 1. 7. kleine Wohnung, evtl. möbliert und mit Kochgelegenheit.**
Angeb. unt. 1049 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch!
4-Zimmerwohnung in Eisleben gegen 4-Zimmerwohnung in Merseburg. Schriftliche Angeb. unter 1054 an die Exp. d. Bl.

Wer tauscht
Stube, 2 K. u. Küche nebst Zubehör in Halle gegen Stube, K. u. Küche in Merseburg. Off. unt. 1040 an die Exped. d. Bl.

Schuppen oder Stall, der sich als Lager- u. Verkaufsraum eignet, in der Stadtmitte zu mieten gesucht. Schriftl. Angeb. unter 1055 an die Exped. d. Bl.

---

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, möchte ich allen für die vielen Beweise inniger Anteilnahme danken. Jeder, der meinen teuren Entschlafenen kannte, wird meinen unüberwindlichen Schmerz verstehen.

Merseburg, den 5. Mai 1920.

**Lotte Heine** geb. David.

---

**Betriebs-Kapital,**
**Darlehn**
in jeder Höhe erhalten rechtschaffene Leute durch
Probst, Halle a/S., Dryandenstr. 17, 1 Tr.
(Anfr. mit Rückporto).

**Engl. Kernseife.**
Tücht. Vertreter gesucht. Nur Ia. Ware. Postversand. Billigst. Hohe Provision.
Meyer & Donath, Leipzig-Gohlis, Breitenfelder Straße 84.

---

Nur noch 1 Tag! Nur noch 1 Tag!

# ZIRKUS

Pierre Althoff
Rulandtsplatz Merseburg Rulandtsplatz

Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr:
**Große Kinder-Vorstellung!**
Kinder zahlen nachmittags halbe Preise!

Abends 8 Uhr:
**Gala-Dank- und -Abschieds-Vorstellung!**

In den Nachmittagsvorstellungen zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise! — Vorverkauf an der Zirkuskasse von 10—12½ Uhr und von 5 Uhr an.

Haben Sie „Zenit" schon gesehen?!

---

**Wohnhaus**
mit großem Hof und Toreinfahrt zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 1050 an die Exp. d. Bl.

**Kleines Wohnhaus**
mit Kleinviehstall, Garten oder Feld kauft Schmithal, Wethau b. Naumburg a. S.

**Guterh. Frack**
für große, starke Figur zu verk. Burgstraße 20.

**4½ Meter Stoff**
zu Damenkostüm für 450 Mk. zu verkaufen. Max Blaut, Kl. Ritterstr. 12.

**Anzugstoff,**
neu, 4 m, hat preiswert abzugeben. Zu erfr. in der Exped.

1 fast neuer, weißer Herren-Strohhut zu verkaufen
Bahnhofsstr. 8 a, part.

Gebrauchter Sportwagen
zu verkaufen
Neumarkt 78, 1 Tr., Torweg.

**Verkaufe Gasleitung.**
27 m ½" Rohr, T-Stücke, Bogen und 4 Lampen.
Johannisstraße 7, Hth.

Eine Anzahl
**Kisten und Kartons**
zu verkaufen Burgstraße 20.

---

**Damen-Frühjahrs-Mäntel**
**Jacken, Kleider und Röcke**
**Garnierte Kleider und Blusen**
in reicher Auswahl zu niedrigsten Preisen
vorrätig bei
**Otto Dobkowitz.**

---

**Wohlätigkeits-Konzert**
**des Einheitsverbandes d. Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Deutschlands**
Ortsgruppe Merseburg
**am Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr im Casino-Saal.**

Der Reinertrag wird zur Unterstützung der armen Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer verwandt.

Ausführende:
Gesang (Alt): Frau Landesrat Bothe. — Violine und Viola d'amore: Herr Roye, akadem. Musiklehrer. — Klavierfolo und Begleitung: Herr Fritz Busch.

Zum Vortrag kommen u. a. Kompositionen von Beethoven, Schumann, Grieg und Fritz Busch.

Der Flügel wird von der Firma G. Döll-Halle a. S. gestellt.

Numerierter Platz 5 Mk., unnumerierter Platz 3 Mk. Programm berechtigt zum Eintritt.

Vorverkauf: Zigarrenhandlung Frahnert und Fuchs, Kleine Ritterstraße.

---

**Kräftige**
# Arbeiter
für Eisengießerei stellen sofort ein
**Blancke-Werke.**

---

Hand- u. Lehrbuch des gef. Maschinenb. 1. u. 2. B. sow. 1 Modellatlas von R. Georg, Ang. z. verk. Off. u. 1051 a. d. Exp. d. Bl.

Eine Fuhre Dünger gegen Stroh gibt sofort ab
Kreuzstraße 3, part.

**Enten-Bruteier**
verkauft
Ehrentraut, Clobikauerstraße.

**Acht kleine Enten**
zu verk. Vorbem Klausentor 5.

**Großer Truthahn**
zu verk. Clobikauerstr. 5.

**Junge Kaninchen**
zu verkaufen Leunaerstr. 30.

**Ein Ziegenböckchen**
(5 Wochen alt) zu verkaufen
Neumarktstr. 1.

**Ziegenböckchen**
zu verk. Gartenstr. 15, pt.

2 kl. Ziegen (5 Wochen alt) ein zweisitziger Sportwagen verkauft Rosenthal 10.

**Futterfeste Absatzferkel**
hat abzugeben Tragarth Nr. 3.

**1 Paar zugfeste Russen**
preiswert zu verkaufen
Gasthof gold. Hahn.

**Runkelrüben 13 Mk.**
**Rote Rüben 15 „**
bietet an Trebst, Gärtnerei, Nordstr. — Fernspr. 10.

---

# Oeffentliche Versammlung

**Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr im „Casino"**
Kaufmann Heidenreich, Halle, spricht über:
**Der Untergang des Mittelstandes im demokratisch-sozialistischen Staate.**
Deutsche Volkspartei

---

## Kaufmännische Angestellte!

Die krankenversicherungspflichtige Gehaltsgrenze ist auf Mark 15 000.— vom 10. Mai 1920 ab festgesetzt und Ruheanträge sind bei den zuständigen Zwangs-Krankenkassen bis 17. Mai zulässig. Wer die ärztliche Behandlung als Privatpatient für sich und seine Familie erreichen und Krankengeld von täglich 2 bis 20 Mark bis zu 52 Wochen bei mäßigen Beiträgen eindecken will, bei größter Sicherheit, die ein Vermögen von 1¼ Millionen Mark bietet, versichere sich sofort bei der

**Kranken- und Begräbniskasse**
des
**Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen „Ersatzkasse"** zu **Leipzig**, Zeitzer Str. 10.
Auskunft und Meldepapiere durch
**Fritz Seelig**, Wilhelmstraße 9.

---

Den geehrten Eltern, sowie jungen Damen und Herren von Merseburg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ein Zirkel für

**Tanzunterricht**
**und Anstandslehre**

Anfang Mai beginnt. Gelehrt werden in diesem Zirkel alle vorkommenden Rund- und Gesellschaftstänze, sow. moderne Tänze. Geschätzte Anmeldungen bitte am
**Donnerstag, 6. Mai 1920 von abends 7 Uhr an im Etablissement Casino**
gütigst bewirken zu wollen.
Gleichzeitig beginnt ein
**Extra-Zirkel**
für perfekte Tänzer(innen), ältere Herrschaften u. Ehepaare
**moderne Tänze**
wie Tango, Jazz, Fox-Trott, Ragtime, Hiawatha, One-Step, Walzer links, sowie Extra-Zirkel für Contre. Gefl. Anmeldungen bitte auch an oben genanntem Datum bewirken zu wollen. Hochachtungsvoll
**Walter Böttger**
Tanzlehrer aus Leipzig.

**Wachsbohnen** (engl. Tafel) verkauft F. Portius, Zweimen.

---

**Verpachte** einen Morgen **Luzerne.** Freitag abend 6 Uhr
Treffpunkt Ziegelei Spergau. Fleischermeister Heidenreich.

50 Ztr. prima
**Provencer Luzerne**
hat abzugeben
Feit, Meuschauer Mühle.

**Getr., guterhalt. Anzug**
f. 12jähr. Kn. z. k. ges. Off. unt. 1038 an die Exped. d. Bl.

Gut erhaltener, weißer
**Kinderwagen**
zu kaufen gesucht. Angebote unter 1046 an d. Exp. ds. Bl.

**Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen**
in allen Größen zu kaufen gesucht. Otto Knorr Halle, Schillerstr. 35.

**Zeitungspapier**
kauft Trebst, Entenplan 3.

**Zigaretten**
Große Auswahl in unbeschränktem Maße hat abzugeben
Karl Mühlbach,
Neumarkt 34 Sand 16.

**R. D. B.**
Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr
**Versammlung**
im kleinen Saal des Casino.

---

## Angestellte bei Behörden!

Am 6. Mai 1920, abends 7 Uhr, wird im Hotel »Halber Mond« Kollege Böttcher vom G. D. A. aus Leipzig über den

**Reichstarif**

und im besonderen über die Eingruppierung der Angestellten in die Besoldungsgruppen sprechen.

Wir erwarten, dass **jeder** Angestellte bei Behörden erscheint, vor allem auch die **Unorganisierten.**

Ortsverband im G. D. A. Schulz,
Ortsfachgruppe Abt. Gem.- u. Kommunal-Behörden. Frauenheim. Recht.

---

**Männer-Turnverein.**

Heute, Donnerstag, wollen sich sämtliche Turner und Jugendturner auf dem Turnplatze einfinden, auch die Mitglieder der Männer- und Gesellschaftsriege.

Sonntag, den 9. Mai, zum Sternlauf sammeln sich Turnerinnen, Turner und Jugendturner 10 Uhr auf dem Turnplatze; alle anderen Mitglieder — auch Turnfreunde — treffen sich ½11 Uhr am „Ratskeller".

---

## Beamten-Wohnungsverein zu Merseburg
E. G. m. b. H.

Am Freitag, den 14. Mai 1920, abends ⅜8 Uhr, findet im Gasthaus »Zur grünen Linde« hier die ordentliche

**Hauptversammlung**

statt. Tages-Ordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der gesetzlichen Revision.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes für 1919 und Beschlussfassung über Viehhaltung in den Genossenschaftshäusern.
3. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Geschäftsgewinnes.
4. Entlastung des Vorstandes wegen seiner Geschäftsführung.
5. Wahlen.

Die Bilanz und Jahresrechnung mit zugehörigen Belegen liegen vom 6. bis 13. Mai 1920 während der Dienststunden bei unserem Kassenführer aus.

Der Vorstand.
Katter. Helfer. Hoffmann.

---

**Haus- und Grundbesitzer-Verein Merseburg.**

Die Mitglieder werden auf den am 7. Mai abends 8 Uhr im „Casino" hier von der „Deutschen Volkspartei" veranstalteten Vortrag aufmerksam gemacht und veranlaßt, in der Versammlung mit zu erscheinen, da die Interessen der Haus- und Grundbesitzer sowohl von dem Vortrage als auch von den Zielen der Partei berührt werden.

Der Vorstand.

**Haus- und Grundbesitzer-Verein.**

Anmeldestellen für neue Mitglieder: Schankwirt Vollrath, Weißenfelser Straße 30; Bäckermeister Freiberger, Markt 26; Kaufmann Kahl, Neumarkt 10.

Briefkastenanfragen an die Expedition des „Merseburger Tageblatt".

Mündliche Besprechungen in schleunigen Sachen im Büro des Herrn Justizrats Scholtz.

**Kohlenfuhren**
werden ausgeführt
Blumenthalstraße 7.

**Wäsche z. Plätt. ev auch Wasch.**
nimmt an Anna Hoppe, Kötzschen Nr. 36.

**Wäsche zum Ausbessern**
wird angenommen
Unter-Altenburg 23, 1 Tr. r.

**Junge Dame** mit guter Handschrift, welche auf Behörde tätig gewesen, auch in Stenogr. u. Maschinenschreib. erfahr., sucht Beschäftig. Angeb. u. 1043 an die Exp. d. Bl.

**Tüchtige Schreibhilfe**
sofort auf etwa 4 Wochen gesucht, ev. auch als Nebenbeschäftigung. Angebote unter „Schreibhilfe" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtige Tischlergesellen
für bessere Möbel stellt sofort ein F. Rosenbaum, Tischlermeister, Wagnerstr. 9.

**Kräft. Arbeiter**
zum Ausladen von Holz und Kohle sofort gesucht
**Königsmühle.**

Für sofort eine gebildete Dame im Alter von 30—35 Jahren für kinderloses Ehepaar als Stütze nach Hamburg ges. Selbige muß kochen können. Zu erfr. Kleistr. 4, 2 Tr. l.

**Frauen zum Reinemachen**
a. 15. 5. für Nachmittag gesucht. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

**Fleiß., ehrlich. Dienstmädchen**
per 1. Juni gesucht
Frau Berta Blaut, Kleine Ritterstraße Nr. 12.

Suche für sofort oder später fleißiges, ehrliches
**Mädchen**
von auswärts.
Konditorei Elkner.

Für 1. Juni ein tücht. erfahrenes
**Mädchen**
für Küche und Haus gesucht.
Frau Direktor Mueller
Poststraße 5, 1 Tr.

Zum 15. Mai oder später suche ich ein
**Dienstmädch. od. eine Aufwartg.**
Frau E. Hauswald,
Eisenbahnstraße 1, 1 Tr.

**Größeres Schulmädchen**
als Aufwartung gesucht
Burgstraße Nr. 11.

Aufwartung
für vormittags gesucht
Gutenbergstraße 14, 1 Tr.

**Aufwartung**
gef. Kleine Ritterstr. 14, 1 Tr.

**Wer fährt in nächster Zeit leer nach Halle und kann einige Möbelstücke mitnehmen?**
Ausf. Angeb. unt. 1048 a. d. Exp.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0004

# Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 95. — Donnerstag den 6. Mai 1920. — 46. Jahrg.


## Beginn des Wahlkampfes.

Der Aufmarsch der Parteien zum Reichstagswahlkampf hat begonnen. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sind die Wahlaufrufe erschienen, und in zahlreichen Wahlkreisen ist man bereits an die Aufstellung der Kandidatenliste gegangen. Auch die Deutsch-demokratische Partei hat überall im Reiche die Wahlarbeiten aufgenommen und inzwischen schon eine ganze Reihe ihrer Kandidaten nominiert. Neben bekannten Politikern und bewährten Führern finden sich auf den Listen Vertreter aller Schichten der Bevölkerung verzeichnet — Männer, die, treu auf dem Boden der vom Volke selbst geschaffenen Verfassung stehend, bereit sind, mit ihrer ganzen Persönlichkeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, um es einer neuen, glücklichen Zukunft entgegenzuführen. In dem veröffentlichten

**Wahlaufruf der Deutsch-demokratischen Partei**

sind unsere Ziele klar und offen dargelegt, die Grenzlinien gegen rechts und links scharf gezeichnet worden. Ohne große, tönende Redensarten und nationalistische Phrasen werden darin kurz und knapp die Grundsätze demokratischer Politik aufgestellt und die programmatischen Forderungen der Partei als die Forderungen des deutschen Volkes in die Sätze zusammengefaßt: Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, Überwindung des Klassenkampfes, Wiederaufbau der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, Erhaltung und Festigkeit der Reichseinheit, Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Es gibt nur einen Weg zu diesem Ziel: den Ausbau unseres Staates auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle, die

**nationale Demokratie.**

Bemerkenswerte Ausführungen zum Beginn des Wahlkampfes gibt der bekannte deutsch-demokratische Abg. Dr. Ludwig Haas. Er betont, daß die drei Regierungsparteien sich zusammengefunden haben durch den Willen, nach dem furchtbaren Zusammenbruch vom November 1918 das Volk vor der Anarchie zu bewahren und einen neuen Staat im Geiste der Demokratie zu schaffen. Dann fährt er fort:

Wir werden im Wahlkampf überall die Frage aufwerfen müssen, ob es einen andern Weg gab, um Deutschland aus dem Zusammenbruch zu staatlicher Ordnung zu führen. Die Rechte wird den Versuch machen, die Regierung und die Mehrheitsparteien für all die schweren Nöte unserer Zeit verantwortlich zu machen. Bis zu der Tat der reaktionären Hochverräter schien es, als ob weite Kreise des Bürgertums sich durch dieses Taschenspielerkunststück verblenden lassen wollten. Es ist seitdem ein erhebliches Maß von Selbstbesinnung zurückgekehrt. Trotzdem wird es notwendig sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß nicht die jetzige Regierung und die jetzige Staatsform unser Unglück verschuldet haben, sondern, daß wir die Folgen der verhängnisvollen Politik des alten Systems jetzt furchtbar zu tragen haben. Der Zusammenbruch unserer Bundesgenossen war vor der Revolution. Die katastrophale Rückwärtsbewegung unseres Heeres war vor der Revolution. Die Forderung der Obersten Heeresleitung an den Reichskanzler Prinz Max von Baden, sofort Waffenstillstand zu schließen, war vor der Revolution. Ziel unserer Außenpolitik ist die Revision des Versailler Vertrages. Wenn dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann, nur ein demokratisches Deutschland kann es erreichen. Im Wahlkampf werden wir klarlegen müssen, welche Bedeutung die Demokratie auch in diesem Sinne für Deutschlands Zukunft hat. Ganz andere Folgen als im alten Obrigkeitsstaat haben jetzt die Wahlen. Wir rufen das

**Verantwortlichkeitsgefühl der Wähler auf.**

Keiner darf aus Verärgerung den Stimmzettel abgeben; jeder einzelne wird prüfen müssen, welche Parteien in der Lage sind, eine Regierung zu bilden und eine ruhige Weiterentwicklung unseres Staates und unseres wirtschaftlichen Lebens zu gewährleisten. Wenn die Wähler diese Fragen gewissenhaft prüfen, dürfen wir mit frohem Vertrauen dem Ausgang des Wahlkampfes entgegensehen.

Dieser Geist der Zuversicht und des Vertrauens, der auch auf der letzten Tagung des demokratischen Parteiausschusses sich in höchst erfreulicher Weise zu erkennen gab, kommt in der ganzen Wahlbewegung der Deutsch-demokratischen Partei zum Ausdruck. Unsere lieben Gegner von rechts, deren Hetzagitation durch die verhängnisvollen Folgen des von ihnen genährten und begrüßten

**Kapp-Putsches**

ein schlimmer Stoß versetzt worden ist, suchen jetzt auf jede Weise einen Teil des verlorenen Bodens wiederzugewinnen, und sie glauben das am besten dadurch zu erreichen, daß sie mit allen Mitteln gegen die Deutsch-demokratische Partei Stimmung zu machen suchen. Das geschieht mit besonderer Wollust aus Anlaß des

**Falles Wiemer-Mugdan.**

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß „eine Reihe führender Persönlichkeiten der demokratischen Partei" wegen der sogen. Generalstreikparole aus der Partei ausgeschieden sei. Es stellte sich dann heraus, daß es sich um eine Anzahl von Männern handelte, die zumeist in der Berliner Gemeindeverwaltung zu Hause sind, die aber in der Deutsch-demokratischen Partei keinerlei Rolle gespielt haben. Unter ihnen befinden sich der ehemalige fortschrittliche Abgeordnete für Nordhausen, Dr. Wiemer und Dr. Mugdan. Im Auftrage einer „liberalen Gruppe der Deutsch-demokratischen Partei" richteten sie an die Deutsche Volkspartei ein Schreiben, in dem sie hauptsächlich wegen der „Zustimmung der Partei zur Ausrufung des Generalstreiks" ihren Austritt aus der demokratischen Partei erklären. Zum Schluß wird die Schaffung einer großen liberalen Partei als Notwendigkeit bezeichnet. Auf dieses Schreiben haben Dr. Stresemann und Dr. Heintze, die Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, eine längere Erklärung erlassen, in der sie den liberalen Charakter ihrer Partei betonen und in Aussicht stellen, daß möglicherweise der nächste Parteitag diesen Charakter auch im Namen zum Ausdruck bringen wird. Daraufhin haben die Herren Wiemer und Genossen ihren Beitritt zur Deutschen Volkspartei erklärt.

Über die Frage des Generalstreiks — es handelte sich in Wahrheit um eine demonstrative Arbeitsniederlegung in den nicht lebenswichtigen Betrieben als Protestkundgebung des deutschen Volkes gegen den frevelhaften Verfassungsbruch der Kappleute und zwar nur da, wo diese gewaltsam Fuß gefaßt hatten — ist hier schon genügend gesprochen worden. Diese Frage ist ja auch nur der äußere Anlaß für das Ausscheiden der von Dr. Wiemer und Dr. Mugdan geführten Berliner Herren gewesen, die gerade jetzt bei Beginn der Wahlbewegung den Zeitpunkt für ihre Rechtsschwenkung als gekommen erachteten. Was im besonderen Dr. Wiemer anbelangt, so bedauern wir, daß er es nicht vermocht hat, sich so in die Verhältnisse der neuen Zeit hineinzufinden, um in der demokratischen Partei den Platz einzunehmen, den wir ihm nach seiner politischen Veranlagung gewünscht hätten. Er hat von Anfang an eine schwankende Haltung eingenommen und sich politisch so gut wie gar nicht mehr betätigt, während doch ursprünglich viel weiter rechts stehende Männer, wie Staatsminister a. D. Friedberg und der ehemalige Vizekanzler Schiffer, die der früheren nationalliberalen Partei angehörten, sich entschlossen und mit aller Tatkraft in den Dienst der neuen Zeit stellten — Männer, an deren echtem Liberalismus und tiefer Vaterlandsliebe wahrhaftig kein Zweifel erlaubt ist, die aber persönliche Empfindungen zurückdrängten und die Notwendigkeit zur Mitarbeit am Staatsleben auf demokratischer Grundlage fest und unbeirrt im Auge behielten. So sehr wir, die wir so lange Jahre hindurch mit Dr. Wiemer politisch zusammen gearbeitet haben, sein Ausscheiden aus der Partei aus persönlichen Gründen bedauern, so

**lächerlich und geradezu grotesk**

mutet es doch an, wenn diese politische Abschwenkung einer kleinen Gruppe unzufriedener Elemente von den rechtsstehenden Gegnern als Anlaß dazu benutzt wird, um mit dem Triumphgesang über diesen „Massenaustritt" zugleich das nahe Ende der demokratischen Partei zu prophezeien. Die Deutschnationalen haben ja eben erst einen Abmarsch aus ihren eigenen Reihen erlebt, der sie und ihre Presse bestimmen müßte, den Mund etwas weniger weit aufzureißen. Dort haben anerkannte deutschnationale Führer, wie die Herren von Kardorff, von Dewitz und Dr. Arendt, wegen des „schärferen Hervortretens extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und deren Einfluß auf die Entwickelung der Partei" ihren Austritt erklärt, während andere, wie Posadowsky und Delbrück, sich von der Mitarbeit in dieser Partei zurückgezogen haben. Die Presse der Rechten zeigt sich auch den bisherigen Parteigenossen gegenüber in ihrer ganzen vornehmen Kampfesweise. Die auf dem äußersten rechten Flügel stehende „Deutsche Zeitung" überschüttet die Ausgeschiedenen mit Spott und Hohn. Sie sagt zu dem Ausscheiden Kardorffs und der anderen:

„Es ist der Anfang einer Klärung; und es würde nur deren Fortschritt bedeuten, wenn noch einer oder zwei aus dem Kreis der sehr verehrten führenden Parteigenossen sich entschließen könnten, dem Beispiel des ehemaligen Lissaer Landrats (Kardorff) zu folgen — gleich ihm ihr Bündel zu schnüren. Die Partei verliert nichts an ihm (Kardorff), wie sie an anderen seinesgleichen nichts verlieren würde. Er ziehe in Frieden! Mehr als einen Führer der Art kann auch die gesündeste Partei nicht verdauen, und ob die Deutsche Volkspartei als ein besonders gesundes und lebensfähiges Gebilde anzusprechen ist — können die geehrten Damen und Herren von der Partei ernsthaft behaupten, daß sie dessen ganz sicher sind?"

In der „Magdeb. Zeitung" wird die Deutsche Volkspartei, die die Unzufriedenen von rechts und links aufgenommen hat, als

**„Salon der Zurückgewiesenen"**

bezeichnet. Das Blatt sagt u. a.:

Die Deutsche Volkspartei bildet sich zum Sammelbecken für die Mißvergnügten aus, die in den Parteien rechts und links von ihr nicht zu den erstrebten Ehren und Mandaten ge-

# Amtliche Bekanntmachungen
## für den Kreis Merseburg.

Stück 33 — Merseburg, 5. Mai — 1920

203] **Zulassung von Lastkraftfahrzeugen.**

Das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen hat mit Schreiben Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 die Landeszentralbehörden der Gliedstaaten ersucht, die höheren Verwaltungsbehörden anzuweisen: „Die Erlaubnis zur Verwendung nicht elastischer Bereifung für Lastkraftfahrzeuge spätestens zum 31. März 1920 zurückzunehmen." Maßgebend für dieses Ersuchen war das dringende Verlangen aller Wegebauunterhaltungspflichtigen, mit Rücksicht auf den Zustand der Straßen die Verwendung der Eisenbereifung bei Lastkraftwagen sobald wie möglich zu verbieten. Der genannte Zeitpunkt wurde deswegen festgesetzt, weil bei Herausgabe der Verordnung die Vollreifenfabriken erklärt hatten, den entstehenden Vollreifenbedarf bis zum März 1920 mit Sicherheit decken zu können.

Inzwischen ist die Vollreifenerzeugung insbesondere wegen des Kohlenmangels stark zurückgegangen, so daß schon jetzt feststeht, daß die Vollreifenfabriken bis Ende März d. J., bestimmt nicht in der Lage sein werden, auch nur den allerdringendsten Bedarf an Vollreifen zu decken, der beim vollständigen Verbot der Eisenbereifung entstehen würde.

Infolgedessen ist in einer Besprechung mit den Vertretern der beteiligten Behörden, Fabriken und Fahrzeughalter folgende Regelung vereinbart worden, nach der hiermit ersucht wird, die dortigen höheren Verwaltungsbehörden mit Anweisung versehen zu wollen.

Die Erlaubnis zur Verwendung einer nicht elastischen Bereifung für Lastkraftfahrzeuge kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 835) in Abweichung von der Verfügung des Reichsamtes für Luft- und Kraftfahrwesen Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 unter folgenden Voraussetzungen erteilt werden:

1. Die Dringlichkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes des Lastkraftfahrzeuges muß einwandfrei nachgewiesen sein, dabei ist schärfster Maßstab anzulegen, insbesondere wird bei einem Lastkraftwagenbetrieb zu anderen als zu volkswirtschaftlich-wichtigen Zwecken (z. B. Kartoffel- oder Kohlenbeförderung) eine Dringlichkeit nur in ganz besonderen Ausnahmefällen anerkannt werden können.

2. Die Erlaubnis ist je nach Lage des einzelnen Falles zu befristen und keinesfalls über den 31. Oktober hinaus zu erstrecken. Die Antragsteller werden gegebenenfalls hierauf ausdrücklich hinzuweisen sein.

3. Die unter 1. und 2. genannte Regelung erstreckt sich nur auf Triebwagen. Bei Anhängern verbleibt es vorläufig bei dem bisherigen Zustand.

Berlin W 8, den 18. Februar 1920.

**Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen.**

Vorstehenden Erlaß bringe ich zur allgemeinen Kenntnis.

Merseburg, den 24. April 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
Dr. Mosle.

204] **Verkauf von Brotmarken.**

Ich habe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die entgeltliche Übertragung von Brotmarken (auch der Umtausch gegen andere Gegenstände) verboten ist. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Verordnung vom 30. August 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafe belegt. Wird die strafbare Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 100000 Mk. erhöht werden. Daneben kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Merseburg, den 28. April 1920.

**Der kommissarische Landrat**
Dr. Mosle.

205] **Einheitstarif für die Brückengeldhebestellen an der Saale und Unstrut im Regierungsbezirk Merseburg.**

Es sind zu entrichten:

I. Von Personen einschließlich der Traglast je 5 ₰.

II. Für unangespannte Tiere, die getrieben werden,
  a) für ein Pferd, Rindvieh, Maultier, Maulesel oder Esel je 20 ₰;
  b) für ein Fohlen, Kalb, Schwein, Schaf, Ziege, Hund oder andere Tiere je 10 ₰;
  c) für jede angefangenen 10 Stück Federvieh 10 ₰.

III. Für Fuhrwerke und Schlitten, durch Tiere oder Menschen bewegt, Anhänger von Kraftwagen neben der Abgabe von I und II
  a) für einen beladenen Lastwagen mit mehr als 100 Kilogramm Ladung außer Zubehör und Futter für 3 Tage, eine Lokomobile und sonstiges Fuhrwerk je 40 ₰;
  b) für einen unbeladenen Lastwagen, für Personenfuhrwerke, Schlitten und sonstiges leichtes Fuhrwerk je 20 ₰;
  c) für ein Fahrrad, Kinderwagen, Hundefuhrwerk, Handwagen, Handkarren, Handschlitten und ähnliches kleines Gefährt, beladen oder unbeladen je 10 ₰.

IV. Für jeden Personenkraftwagen neben der Abgabe nach I u. II
  a) mit Gummiradreifen
    1. mit mehr als 4 festeingebauten Sitzplätzen 40 ₰;
    2. mit 4 oder weniger festeingebauten Sitzplätzen 20 ₰;
  b) ohne Gummiradreifen
    1. mit mehr als 4 festeingebauten Sitzplätzen 60 ₰;
    2. mit 4 oder weniger festeingebauten Sitzplätzen 30 ₰.
    Als Sitzplätze in diesem Sinne werden nur die dauernd eingebauten, festen Sitzgelegenheiten einschließlich des Sitzes für den Wagenführer angegeben.
  c) für jedes Motorrad 20 ₰.

V. Für jeden Lastkraftwagen neben der Abgabe nach I und II
  a) mit Gummiradreifen
    1. beladen 60 ₰;
    2. unbeladen 30 ₰;
  b) ohne Gummiradreifen
    1. beladen 80 ₰;
    2. unbeladen 40 ₰.

Als beladen sind Kraftfahrzeuge anzusehen, wenn sich auf ihnen außer den zur Krafterzeugung erforderlichen Stoffen und ihrem sonstigen Zubehör mehr als 100 Kilogramm Last befinden.

**Allgemeine Bestimmungen.**

1. Das Brückengeld wird erhoben, so oft die Brücke passiert wird. Wenn jedoch der Passant an demselben Tage, an dem er die Brücke passiert, über sie zurückkehrt, so bleibt er auf dem Rückwege frei von Brückengeld. Bei Fuhrwerken, die diesen doppelten Weg einmal beladen, das andere Mal unbeladen zurücklegen, ist jedoch die Abgabe für den beladenen Zustand zu zahlen.

2. Das Gesetz vom 2. Mai 1900 (Gesetzsammlung Seite 123) betreffend Bestrafungen der Hinterziehung und Überhebung der Verkehrsabgaben findet auch hier Anwendung.

3. Wochenkarten und Karten mit 30 tägiger Gültigkeit sind mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden auszugeben.

**Befreiungen.**

Befreit von der Abgabe sind:

1. Transporte, die dem Preußischen Staat oder dem Deutschen Reich gehören oder für deren unmittelbare Rechnung geschehen.

2. Kommandierte Angehörige der Reichswehr, der Sicherheitswehr oder anderer, diesen gleichartigen Truppenverbände (auch der Marine); Personen, die für diese Truppenkörper angenommen und einberufen sind, auf dem Marsche zur Einberufungsstelle; Zugtiere und Fuhrwerke, die für diese Truppenkörper angeworben sind, auf dem Marsch zur Einberufungsstelle, die ferner diesen Truppenkörpern angehören oder sie auf dem Marsch begleiten.

3. Öffentliche Beamte und deren Fuhrwerke nebst Führern und Tieren bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich ausweisen oder Uniform tragen.

4. Die erforderlichen Posten nebst deren Beiwagen, die auf Kosten des Staates beförderten Kuriere und Stafetten, die von Postbeförderungen lediglich zurückkommenden Postfuhrwerke und Postpferde, die Briefträger und Postboten, desgleichen Personenfuhrwerke, die durch Privatunternehmer eingerichtet und als Ersatz für ordentliche Posten ausschließlich zur Beförderung von Reisenden und deren Reisegepäck und von Postsendungen benutzt werden.

5. Hilfsfuhren und Gespanne bei Feuersbrünsten und ähnlichen Notständen, wie Armen- und Arrestantenfuhren auf dem Hin- und Rückwege nebst Begleitmannschaften.

6. Die Geistlichen und ihre Beförderungsmittel bei Amtsverrichtungen, sowie Kirchenfuhren und Leichenbegängnisse innerhalb der Parochie.

7. Alle Personen, Fuhrwerke und alle Tiere, für die an der betreffenden Brückenstelle die Befreiung durch besondere Bekanntmachung ausgesprochen ist.

Alle früher genehmigten Tarife werden hiermit aufgehoben mit Ausnahme der für jede Fähr- und Brückenstelle bekannt gegebenen Sonder-Befreiungen, die auch für die Einheitstarife weiter bestehen bleiben.

Merseburg, den 20. November 1919.

**Der Regierungs-Präsident.**

Veröffentlicht:

Merseburg, den 29. April 1920.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**
Dr. Mosle.

206] **Zuteilung von Notstandsware.**

Das Reichskleiderlager 34 in Halle a. S. hat dem Kommunalverband als Notstandsware 1130 Meter Nova, etwa 375 Meter creme


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0005

kommen sind. Für Herrn von Kardorff, der ein Eigener ist, soll das nicht gelten, wohl aber für die Herren Dr. Arendt und von Dewitz, die aus der deutschnationalen Volkspartei sich herausgeputscht haben, und ebenso für die Herren Dr. Mugdan und Dr. Wiemer, die nunmehr mit feierlichen Erklärungen und einem kleinen Gefolge ihren Übertritt aus der Deutsch-demokratischen Partei in die Deutsche Volkspartei vollzogen haben. In einem von einigen rechtsstehenden Blättern und der „Vossischen Zeitung" veröffentlichten Briefwechsel bekennen die Übergetretenen ihre Abneigung gegen den politischen Generalstreik, gegen den Sozialismus und gegen gewaltsame Verfassungsänderungen. Die Parteiführer Dr. Stresemann und Dr. Heinze äußern in ihrer Antwort ganz dieselbe Meinung und stellen in Aussicht, daß die Deutsche Volkspartei sich demnächst einen anderen Namen geben werde, in dem das Wort „liberal" vorkommen soll. Es würde von einem gewissen pikanten Reiz sein, wenn die alten Freikonservativen und die alten Fortschrittler, die sich hier ein Stelldichein gegeben haben, plötzlich als Nationalliberale aufwachten. Den in der demokratischen Partei von ihrem einstigen Throne gestürzten Herren Wiemer und Mugdan haben sich weitere 22 angeschlossen, von denen höchstens der frühere Stadtverordnetenvorsteher Michelet über die Berliner Bannmeile hinaus bekannt ist. Ganz bestimmt gibt es Unzufriedene auch in der Deutschen Volkspartei, in der Deutschnationalen Volkspartei und in den anderen Parteien jetzt zur Genüge. Die Zeiten sind nun einmal schwer, und die Deutschen wären nicht die Deutschen, wenn nicht ein großer Teil im Räsonieren und Protestieren das Wesen der Politik erblickte. An anderen Stellen fehlt wohl die festliche Aufmachung solcher Äußerungen und die Geneigtheit, truppenlose Offiziere anzulocken. Wir gönnen ganz gewiß der Deutschen Volkspartei soviel sichere Mandate, wie sie zur Unterbringung der Mauerblümchen braucht, zumal auch nach der letzten Erklärung der Parteiführer sie dasselbe will, was die Deutsche demokratische Partei schon getan hat: nämlich die bürgerlichen Mittelparteien mit den Mehrheitssozialisten zu einer Koalition zu verbinden.

„Das Räsonieren und Protestieren", von dem hier die Rede ist, das oberflächliche, oft leichtfertige Kritiküben an allen Maßnahmen und Beschlüssen von Regierung und Parlament, das ist allerdings heute mehr denn je das **Merkmal der Zeit.** Es ist ja auch zu einem guten Teil verständlich, weil kein Mensch mit den heutigen Zuständen recht zufrieden ist; aber diese sind doch nur erwachsen aus dem **furchtbaren militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch,** an dem gerade das alte Regime in Deutschland einen großen Teil Schuld trägt. Diese leider noch immer andauernde Krise zu überwinden, eine neue Zukunft für Volk und Vaterland heraufzuführen, dazu muß jeder mithelfen, dazu muß jeder, der sich ein Deutscher nennt, sein Bestes an Kraft und Opferwillen hergeben. Schiffer sagte jüngst in seiner Programmrede in Magdeburg: „Alles was wir tun, muß durchdrungen sein von dem Gefühl: Du bist ein Deutscher und bist es um so mehr, je schlechter es deinem Vaterlande geht." Darum gilt es nicht länger, grollend und schmollend beiseite zu stehen, sondern tätig mitzuarbeiten, die Hand mit anzulegen an das große Werk des Wiederaufbaues, des Wiedererstarkens von Volk und Vaterland.

**Wähler, helft dazu mit! Tretet ein in die Kampfesreihen der Deutsch-demokratischen Partei, unterstützt sie, werbt für sie! Wir kämpfen — noch einmal sei's gesagt — für den Ausbau unseres Staates auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle, für die nationale Demokratie!**

## Vermischtes.

* **Schiebergeschäfte eines Stadtverordneten.** Wegen Preiswuchers und Verschiebung von Kartoffeln sind in Magdeburg, einem Telegramm zufolge, der sozialdemokratische Stadtverordnete Heinevetter und zwei Händler verhaftet worden. Ferner konnten vier Schieber festgenommen werden, die einen aus dem Magdeburger Sanitätsdepot stammenden Waggon mit Heeresverbandsstoffen nach Berlin verschieben wollten.

* **Mißlungenes Kunststück.** Auf dem Rummelplatz in der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln traf der Artist Otto als Maulwurfmensch auf. Er machte ein Fakirkunststück, ließ sich in eine 2 Meter tiefe Grube eingraben und arbeitete sich dann eine halbe Stunde später wieder heraus. Das Kunststück hatte er einige Male mit Erfolg durchgeführt. Er ließ sich wieder eingraben. Das Publikum wartete und wartete. Als er nach einer halben Stunde nicht wieder zum Vorschein gekommen war, schickte man nach der Feuerwehr, die eine halbe Stunde auf sich warten ließ. Der Artist wurde ausgegraben, er war jedoch inzwischen erstickt.

*

### Die Bergungsarbeiten in Zwickau.

**Vier Opfer des Grubenunglücks als Leichen geborgen.**

Zwickau, 3. Mai. Nach schwerer, anstrengender Arbeit der Rettungsmannschaften sind bisher vier der neun eingeschlossenen Bergleute als Leichen in schrecklich entstelltem Zustande geborgen worden. Hitze und Gas hatten auf die Körper so gewirkt, daß sie nicht wiedererkannt werden konnten. An Lampennummern und Kleidungsstücken mußte die Identität festgestellt werden. Die Versuche zur Bergung der anderen Verunglückten, die totgesagt werden müssen, werden fortgesetzt. An dieser Stelle sei besonders der aufopfernden Tätigkeit der Rettungsmannschaft gedacht, die bei teilweise 60 bis 70 Grad Hitze ihre Pflicht erfüllte. Jetzt wird vor allem darauf hingearbeitet, das Feuer einzudämmen. Die verminderten Brandgase aus den Wetterschächten deuten darauf hin, daß dies bald gelingen dürfte. Die Belegschaft des Schachtes I wird am Dienstag einfahren. Auf Schacht II und III kann vorerst nicht gearbeitet werden. Die Belegschaften werden vorläufig auf die anderen Schächte verteilt.

# Arbeit adelt.

**Original-Roman von H. Courths-Mahler.**

52. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Heinz Lindeck folgte Ellinors Ruf sofort, und wurde in Lemkow mit offenen Armen empfangen; auch von Fritz von Lossow.

Die beiden Männer fanden sofort Gefallen aneinander. Nach einer kurzen Unterredung waren sie miteinander einig. Nicht zum wenigsten hatte Heinz so leichtes Spiel bei seinem Schwiegervater, weil er ihm die Tochter vor einem furchtbaren Tode errettet hatte.

„Du hast jetzt teil an Ellinors Leben, mein lieber Sohn, wie ich teilhaben möchte an dem deinen. Mache mir mein Kind glücklich, Ellinor verdient es. Dann will ich dich segnen und allezeit hochhalten in meinem Herzen."

So sagte Fritz Lossow zum Schluß dieser Unterredung.

Am Nachmittag desselben Tages fuhr Fritz von Lossow mit seinen Kindern nach Lossow hinüber. Er hatte sich nicht erst angemeldet. Ganz unerwartet stand er vor seinem Bruder.

Nach reichlich fünfundzwanzig Jahren war dieses erste Wiedersehen für die Brüder etwas aufregend. Kuno von Lossow war ziemlich fassungslos, als er die stattliche, imponierende Erscheinung seines Bruders vor sich sah. Aber selbst in dieser Stunde fand er keinen warmen Herzenston.

Frau Helene begrüßte den Schwager mit huldvoller Miene, und Gitta war sehr liebenswürdig.

Die drei mußten zum Tee bleiben.

„Wir wollen uns doch einmal gemütlich ausplaudern, lieber, guter Schwager", sagte Frau Helene mit gnädigem Lächeln.

Als sie dann alle um den Tisch saßen und von diesem und jenem gesprochen hatten, kam Kuno von Lossow auf den Punkt, der ihm am meisten am Herzen lag.

Er hatte sich inzwischen bei einem Berliner Rechtsanwalt genau erkundigt, ob er das Testament Heribert von Lossows nicht anfechten könne. Aber auch dieser hatte ihm denselben Bescheid gegeben, wie damals Dr. Holm.

So blieb Kuno keine andere Hoffnung mehr, als eine Verbindung Bothos mit Ellinor.

Und er konnte die Zeit nicht erwarten. Gleich heute mußte er es zur Sprache bringen. Mit süßlicher Miene begann er:

„Mein lieber Fritz, es wird Zeit, daß wir uns über die Testamentsfrage einigen. Offen gestanden, es widerstrebt mir, daß wir einander deshalb etwa gar vor Gericht zerren müßten. Du kennst meine Ansicht, und ich bitte dich, deinen Einfluß auf Ellinor geltend zu machen, daß sie sich besinnt und Bothos Hand annimmt. Sie hat den armen Jungen kurzerhand abgewiesen, aber ich habe das noch nicht für Ernst genommen. Das letzte Wort hast du doch wohl zu sprechen, lieber Bruder. Und so bitte ich dich denn, schaffe die peinliche Frage durch ein Machtwort deinerseits aus der Welt. Botho liebt Ellinor und ist noch immer bereit, ihr seine Hand zu reichen."

Fritz von Lossow hatte einen raschen Blick mit Ellinor gewechselt. Nun sah er seinen Bruder mit ernsten Augen an.

„Es gibt da keine peinliche Frage zu lösen, Kuno. Ich habe mich genau informiert, Onkel Heriberts Testament ist unanfechtbar. Selbst wenn du wolltest, könntest du nichts dagegen tun. Wie ich dir schon schrieb, hat meine Tochter selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Ein Machtwort, wie du es meinst, würde ich niemals zu ihr sprechen. Übrigens —"

„Verzeih, lieber Vater", rief in diesem Augenblick Fredys helle Knabenstimme, „aber was du jetzt sagen willst, gestatte mir zu sagen. Ellinor hat mir versprochen, daß ich es verkünden darf."

Fred erhob sich bei diesen Worten.

„Also, meine lieben Verwandten", sagte er feierlich, seine Augen ebenfalls auf Gittas Antlitz gerichtet, „ich, als jüngster Sproß der Lossows, teile euch mit, daß meine Schwester Ellinor sich mit dem Baron Heinz Lindeck verlobt hat."

Die Wirkung dieser Worte war sehr auffallend. Kuno und Helene von Lossow machten geradezu versteinerte Gesichter, und Gitta fuhr kerzengerade in die Höhe und starrte Ellinor feindselig an.

„Ah — so hältst du dein gegebenes Wort!" zischte sie gehässig.

Ellinor sah ihr groß und ruhig ins Gesicht. „Soll ich dir wiederholen, was ich dir versprochen habe, Gitta? Ich habe nicht gegen mein Wort verstoßen."

Gitta schlug nun doch die Augen nieder. Aber sie warf brüsk den Kopf zurück.

„Nicht nötig, ich kenne den Wortlaut noch genau. Aber gleichviel, ohne dein Dazwischenkommen wäre ich doch Baronin Lindeck geworden. Du nimmst mir alles — alles —" stieß sie in höchster Erregung hervor. Sie sah, daß ihr Lügengewebe zerrissen war, aber trotzdem wollte sie sich nicht beschämen lassen.

Ellinor und Fred hielten sich fest bei den Händen und sahen sich in die blassen Gesichter. Ellinor wollte sprechen, aber ihr Vater hob die Hand.

„Laß, mein Kind, wir wollen nicht mehr an dem allen rühren."

Und zu seinen Verwandten gewendet, fuhr er fort:

„Ich sehe ein, unser Auftauchen hat euch manche Hoffnung zerstört. Es tut mir leid, aber wir sind ganz schuldlos daran. Gott hat es so gewollt, daran können wir Menschen nichts ändern. Ich bitte euch, laßt uns trotzdem Frieden miteinander halten. Und noch eins, lieber Bruder. Als ich damals, am Todestage unseres Vaters, hier vor dir stand und du mit mir abrechnetest, da wiesest du mir nach, daß ich dreißigtausend Mark mehr verbraucht habe, als mir zukam. Außerdem gabst du mir noch dreitausend Mark. Folglich schuldete ich dir dreiunddreißigtausend Mark. Diese Summe hat sich, da ich sie dir nicht verzinste, durch Zins und Zinseszins in diesen langen Jahren um mehr als das Doppelte vermehrt. Gott sei Dank bin ich jetzt in der Lage, diese Summe samt den Zinsen zurückzuzahlen. Und ich bitte dich, mir zu gestatten, daß ich dieses Kapital dem Heiratsgut deiner Tochter zufüge."

Kuno und seine Frau hatten sich aus ihrer Erstarrung noch kaum gelöst. Aber nun flog ein Blick zwischen ihnen hin und her. Dann sahen sie auf Gitta, die nicht wußte, was sie zu Fritz von Lossows Anerbieten sagen wollte. Gitta sowohl, wie ihre Eltern, rechneten in aller Geschwindigkeit aus, daß sich das Kapital, welches ihnen hier angeboten wurde, immerhin auf siebzigtausend Mark belaufen mochte.

Gitta und ihre Mutter sagten sich sofort, daß Gittas Mitgift demnach zirka hundertfünfzigtausend Mark betragen würde. Das war fast das Doppelte als bisher. Mit dieser Mitgift konnte es Gitta nicht schwer fallen, einen annehmbaren Freier zu finden.

Und Botho? Ach, Botho fand als schneidiger Gardeleutnant vielleicht eine andere, glänzende Partie. Für ihn war das gewiß nicht schwer. So meinten die Eltern, die von den großen Vorzügen ihres Sohnes überzeugt waren.

Kuno von Lassow fuhr ordnend über seinen Scheitel, räusperte sich und sagte zögernd:

„Ja — hm — tjah, also natürlich, das ist ganz in Ordnung. Ich hätte — hm — tjah — ich hätte dich natürlich nie an diese Schuld gemahnt. Aber wie die Sache liegt, so ist es wohl recht und billig, wenn du das Geld mit Zins und Zinseszins zurückerstattest, indem du noch — sozusagen — von Glück begünstigt bist. Ja — hm — tjah — du scheinst ja wohl in Amerika dein Glück gemacht zu haben."

In Fritz von Lossows Gesicht zuckte es wie Wetterleuchten. Seine Stirn zog sich zusammen, als leide er unter dem Wesen des Bruders.

(Schluß folgt.)


**Nur einen Tag!**

**Am Freitag, den 7. Mai bin ich in Merseburg im Gasthaus z. Grünen Linde von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. und**

**tausche gegen reinwollene Strumpfabfälle prima reines Strickgarn**

ein in allen Farben. Gleichzeitig verkaufe ich auch Strickgarn zu noch nie dagewesenen konkurrenzlosen Preisen. Niemand versäume diese Gelegenheit. Ein Versuch lohnt sich unbedingt.

**Hugo Montag, Wolle en gros, Mühlhausen (Thür.)**

**Tomaten-Pflanzen**
mit festen Ballen,
Stck. 35 Pf., große Posten lieferb.
**Tabak,**
starke Sämlingspflanzen,
Stück 15 Pf., % Mark 10,—,
‰ Mark 85,—.
**Kohlrabi-Pflanzen**
in großen Mengen,
% Mark 4,—, ‰ Mark 35,—.
**Trebst** Gärtnerei Nordstraße. Blumenhdlg. Entenpl. 3.

**Die neuen Postgebühren**
ab 6. Mai 1920
auf Karton gedruckt, hält vorrätig
Die Geschäftsstelle des
Merseburger Korrespondent

**Hühneraugen**
Hornhaut, Ballen und Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
**Kukirol.** In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis Mark 2,50.
Erhältlich Drogerie Atzel.

**Achtung!**
Vorzugsquelle für Gastwirte und Wiederverkäufer in Zigarren, engl. sowie deutschen Zigaretten.
**Arthur Meier & Co.,**
Spezialgeschäft für Zigarren und Zigaretten, Rauch und Kautabake.
Am Bahnhof Nr. 4, Tel. 667.

**Gummiwaren**
Spülapparate, Frauentropfen und ähnliche **Frauenartikel**
Anfrag. erb. Sanitätshaus: Heusinger, Dresden 8, Am See 37.

**Impfe**
**täglich 3–4 Uhr nachmittags,**
**außer Dienstags und Freitags.**
**Dr. Boettcher,** Arzt
Roßmarkt 13 — Telephon 478.

**Läuse-Plage**
vertilgen Sie in 1 Stunde
unter Garantieschein
jede
a. Flöhe, Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier m. pat. gesch. Mittel „Eckolds". F. Wunden unschädl. Verk. in Merseburg nur bei Fr. Freygang, Große Ritterstraße 7.


Rips und 3300 Paar Socken zur späteren Abgabe an die bedürftige Bevölkerung zugeteilt. Die Ware liegt beim Reichskleiderlager in Halle a. S., Große Ulrichstraße 54, zur Besichtigung aus.

Diejenigen Kleinhändler, welche sich nach Besichtigung der Ware zum Verkauf bereit erklären, weise ich unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 1. Februar 1920 betreffend Notstandsversorgung darauf hin, daß die Abholung der Ware, nachdem das Reichskleiderlager den Ankaufsschein ausgestellt hat, bei diesem erfolgen kann.

Merseburg, den 29. April 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
Dr. Mosle.

207] Der Bezirksausschuß beschließt, den Schluß der Schonzeit auf Rehböcke für 1920 auf den 15. Mai d. J., den gesetzlichen Termin festzusetzen.

Merseburg, den 14. April 1920.

**Der Bezirks-Ausschuß zu Merseburg.**
v. Gersdorff.

208] **Bestätigung von Amtsvorsteherwahlen.**

Durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg vom 13. April 1920 — O P 4024 C — ist die Wahl folgender, am 4. Oktober 1919 durch den Kreistag des Kreises Merseburg zu Amtsvorstehern bezw. Amtsvorsteher-Stellvertretern gewählten, Personen bestätigt werden:

1. Maurergeselle Ottomar Vogel in Delitz a. B. zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Delitz a. B.
2. Maurergeselle Emil Lange in Delitz a. B. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Delitz a. B.
3. Gastwirt Robert Hiemisch in Wallendorf zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Wallendorf.
4. Gutsarbeiter Wilhelm Block in Lössen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Wallendorf.
5. Maurer Hermann Wilde in Tollwitz zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Teuditz.
6. Handelsmann Emil Franke in Tollwitz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk Teuditz.
7. Landwirt Hermann Hülse in Nieder-Clobikau zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Nieder-Clobikau.
8. Maurer Karl Nicklisch in Ennewitz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Cursdorf.
9. Maurer Reinhold Gräfe in Großgörschen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Großgörschen.
10. Maurer Karl Faust in Corbetha zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Schkopau.

Die Beteiligten erhalten von hier aus besondere Anweisung.

Merseburg, den 30. April 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

209] Alle diejenigen Kriegerhinterbliebenen des Stadtbezirkes Merseburg, die von dem Kriegsfürsorgeamt des Kreises Merseburg noch kein Benachrichtigungsschreiben über Zuweisung an einen bestimmten Fürsorger erhalten haben, haben sich umgehend an das vorbenannte Fürsorgeamt, kleine Ritterstraße 15 I, Zimmer Nr. 6—8, zu wenden, damit auch für sie ein Fürsorger ernannt wird. Es soll bezweckt werden, daß auch für diejenigen Hinterbliebenen, die der Fürsorgestelle bisher nicht bekannt waren, die Fürsorge ausgeübt werden kann.

Merseburg, den 28. April 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

210] **Bekämpfung der Raupenplage.**

Ich habe Veranlassung, auf nachstehende Polizeiverordnung erneut hinzuweisen:

**Polizeiverordnung.**

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird für den Umfang des Kreises Merseburg unter Zustimmung des Kreisausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken sind verpflichtet, die Raupen und Raupennester des Goldafters, Ringelspinners, der Apfel- und Heckengespinstmotte, sowie der Blutlaus an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blutlaus hat während des ganzen Jahres zu erfolgen. Bis 15. Februar jeden Jahres müssen die Raupennester beseitigt sein.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche höhere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafe bis zu 30 M, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 5. Oktober 1919.

**Der Königliche Landrat.**
J. V. gez.: v. Grone.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 3. Mai 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
Dr. Mosle.

211] **Wochenfettmenge.**

In der Woche vom 2. Mai bis 8. Mai 1920 kommen für Merseburg-**Land** folgende Fettmengen zur Verteilung:

auf gewöhnliche Fettmarken **100 Gramm**
auf Zusatzfettmarken **50 Gramm.**

Merseburg, den 30. April 1920.

**Der kommissarische Landrat.**
Dr. Mosle.

**Stadt Merseburg.**

**Reichstagswahl!**

Diejenigen wahlberechtigten Personen, denen am 4. Mai 1920 keine Wählerkarte zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 zur Ausfüllung zugestellt sein sollte, werden gebeten, die Wählerkarten am Freitag, den 7. d. M., in der Zeit von 4—7 Uhr nachmittags, im Wahlbüro — altes Rathaus, kleiner Sitzungssaal — auszufüllen. Ausweise sind mitzubringen.

Merseburg, den 5. Mai 1920.

IV 1542 20. **Der Magistrat.**

**Fleischverkauf auf der Freibank**

findet am **6. Mai 1920** statt
vormittags von 8—9 Uhr auf die Nummern 2151—2300

Merseburg, den 5. Mai 1920.

L A I 448 20. **Das städtische Lebensmittelamt.**


Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0006

# Merseburger Korrespondent

**Erscheint** täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra.
Einzelnummer 25 Pfg.
**Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.**

**Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg**

**Anzeigenpreis:** Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
**Postscheckkonto: Leipzig 39070.**
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

**Nr. 95** | **Donnerstag den 6. Mai 1920** | **46. Jahrg.**


## Der Bund der Landwirte und die Reichstagswahlen.

Wie auf der Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte in Halle erklärt wurde, ist „leider" die Aufstellung besonderer Stadt- und Landlisten gescheitert. Dieses Bedauern kann kein Politiker, der es ehrlich mit unserm Volke meint, teilen. Bei der wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Spaltung des deutschen Volkes müßte die vom B. d. L. ersehnte Trennung zwischen Stadt und Land geradezu verhängnisvoll wirken.

**Nicht Spaltung, sondern Zusammenfassung**
muß die Aufgabe der kommenden Reichstagswahlen sein.

Obwohl der Abgeordnete weder Vertreter eines Standes, noch eines besonderen Gebietes, sondern der Gesamtheit sein soll, können wir es doch verstehen, daß wichtige Berufsschichten Wert darauf legen, durch Mitglieder ihres Standes vertreten zu sein. Prüfen wir daraufhin die Listen der Parteien in unserm Wahlkreis! Die Liste der Deutschen Volkspartei bietet dem Landwirt keinerlei Gewähr für die Vertretung seines Berufs. Darin sind wir mit dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte einig. Bei den 17 000 Stimmen, die diese Partei im vorigen Wahlkampfe erhielt, wird sie auch diesmal kaum Aussicht haben, einen Vertreter in den Reichstag zu schicken. Die Deutschenationale Volkspartei, mit der der B. d. L. ein Wahlbündnis abgeschlossen hat, soll an 1. und 3. Stelle einen Landwirt aufgestellt haben. Der erste Bewerber ist der Leiter einer landwirtschaftlichen Winterschule. Den 3. Vertreter wird die Partei wohl nie im Reichstage erblicken. Von den Demokraten hat der Vorsitzende des B. d. L. behauptet, sie wolle mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Woher dem Herrn diese Kunde ward, ist uns unbekannt. Wir teilen ihm aber hierdurch mit, daß die Deutsche demokratische Partei selbständig, ohne Rücksicht auf rechts und links, in den Wahlkampf zieht. Sie hat unter ihren Vertretern den alten, bewährten Gutsbesitzer Koch (Unterfarnstedt), der auch diesmal wieder an unbedingt sicherer Stelle steht. Einen aussichtsreichen Platz hat der bisherige Abgeordnete der Preußischen Landesversammlung Dr. Schreiber (Halle). In der Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit hat sich Dr. Schreiber als sachverständiger, warmherziger Freund der Landwirtschaft gezeigt. Seine Rede „Los von der Zwangswirtschaft!" hat überall großen Anklang gefunden. Der Landwirt, der seinen Beruf recht vertreten sehen will, wählt die Liste:

**Delius,**
**Koch,**
**Schreiber.**

## Zu den Wahlen.

**Der Wahlaufruf des Deutschen Bauernbundes.**

Der Ausschuß des Deutschen Bauernbundes tritt jetzt ebenfalls mit seinem Wahlaufruf an die Öffentlichkeit. Einleitend hebt er hervor, daß es nur im Bündnis mit der Deutschen demokratischen Partei den deutschen Bauernbündlern möglich war, in dem Parlament auf den Gebieten der Steuergesetzgebung, des Siedlungswesens und der landwirtschaftlichen Produktion die Interessen des deutschen Bauern zu wahren, und betont dann: „Nur ein politischer Tor kann der Meinung sein, daß im Bunde mit 45 Deutschnationalen oder 21 Volksparteilern ähnliches erreicht worden wäre." Der Aufruf kennzeichnet dann die gegnerischen Parteien: Die Sozialdemokratie als Trägerin der Zwangswirtschaft sowie der Sozialisierung und Feindin des Siedlungswesens, die Rechtsparteien als skrupellose Hetzer gegen die Demokratie und ihre Einrichtungen, und stellt schließlich folgende Forderungen des Deutschen Bauernbundes auf: Siedelung und Landverleihung an den einzelnen, damit er auf eigener Scholle sich emporarbeiten kann und die Produktion hebe, ständig angespornt von dem Triebe, für sich und die Seinen zu schaffen, Förderung von Handwerk, Handel und Gewerbe, Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung, Zwangsarbeit für arbeitsscheue Elemente, energische Unterdrückung aller Streiks, die ohne Anrufung von Schiedsgerichten vor sich gehen.

**Austritte aus der demokratischen Partei und ihre wahren Gründe.**

Berlin, 5. Mai. Die Erklärung der Herren um Wiemer und Mugdan, daß sie wegen des Generalstreiks im März zur Deutschen Volkspartei übergegangen seien, ist, wie wir zuverlässig hören, nur ein Vorwand. Tatsächlich haben die Sonderverhandlungen dieser Gruppe schon monatelang vorher begonnen. Die Herren wollten erst eine eigene Partei gründen, um sich die ersehnten Kandidaturen zu sichern. Erst als die Fassung des neuen Wahlgesetzes kleinen Parteisplittern einen Mandatgewinn unmöglich machte, entschied man sich für den Anschluß an die Volkspartei. Nach dem „Berl. Tagebl." haben neun von den Überläufern bei den letzten Stadtverordnetenwahlen ein demokratisches Mandat erstrebt, aber bei der Parteiorganisation eine Zurückweisung erfahren.

**Demokratische Reichstagskandidaturen.**

Von Kandidatenaufstellungen aus der Deutschdemokratischen Partei sind die folgenden zu verzeichnen. Für Potsdam I wurden an die erste Stelle der bisherige Vertreter Dr. Pachnicke und Beamtenführer Remmers gestellt. In Pommern wurde neben dem Oberpräsidenten Lippmann an die zweite Stelle der bisherige Vertreter Danzigs, Weinhausen, gesetzt. In Thüringen bleibt Dr. Gertrud Bäumer an erster Stelle, zweiter ist Prof. Dr. Gerland. Im Wahlkreis Frankfurt a. O. beginnt die demokratische Liste mit dem bisherigen Abgeordneten Fritz Bahr, zweiter ist Adolf Damaschke, dritter der Abgeordnete Riebel. In Breslau steht an erster Stelle wieder Reichsminister a. D. Gothein, an zweiter Stelle der bisherige Staatskommissar für Schlesien Dr. Köbisch, an dritter Stelle der Abgeordnete Gleichauf als Vertreter der Angestellten und Arbeiter.

**Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in Leipzig.**

Von der demokratischen Partei werden für den Wahlkreis Leipzig folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Prof. Dr. Walter Goetz-Leipzig, 2. Privatangestellter Gustav Schneider-Leipzig, 3. Frau Stadtverordnete Johanna Lasse-Wurzen, 4. Stadtrat Oberbahnhofsvorsteher Gustav Vogel-Leipzig, 5. Gemeindevorstand und Landwirt Arno Wehner-Beerwalde bei Waldheim, 6. Buchhändler Walter Huhn-Colditz, 7. Buchdruckereifaktor Friedrich Berbig-Leipzig, 8. Stadtverordneter Kaufmann und Fabrikbesitzer Max Weickert-Leipzig, 9. Oberpostschaffner Hermann Engelhardt-Leipzig, 10. Generalleutnant z. D. Otto Löffler-Leipzig.

**Programmreden Dernburgs und Pachnickes.**

In der Deutschen demokratischen Partei Charlottenburg sprach am Sonntag abend Minister a. D. Dernburg über die Demokratie im Wahlkampf. Er betonte die Notwendigkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für einen geordneten Produktionsprozeß im deutschen Wirtschaftsleben zu sorgen. Der Wahlkampf müsse sachlich, aber nach links wie rechts völlig selbständig geführt werden. Gegenüber der Sozialdemokratie müßten die demokratischen Prinzipien klar durchgefochten werden ohne Rücksicht auf eine Koalition nach den Wahlen. Aber auch den schwankenden Gestalten in der Deutschen Volkspartei samt ihrem neuen Zuwachs gegenüber müsse eine klare demokratische Politik gemacht werden. Die deutschen Demokraten müßten ragende Pfeiler der kommenden Koalition werden.

In einer Versammlung in Potsdam sprach der Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Pachnicke, der den Wahltag als einen Tag der Abrechnung auch gegenüber der eigenen Partei bezeichnete. Möge im Drang der Ereignisse gelegentlich ein Regiefehler unterlaufen sein, im ganzen wäre die Linienführung doch richtig gewesen. Für das Werk des Wiederaufbaus müßten die bereiten Kräfte in der Sozialdemokratie und im Zentrum zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt werden. Sie habe auch die Stellung des Arbeiters im Betrieb gehoben. Dem Handwerk habe sie Rohstoffe und Aufträge zugeführt und der Landwirtschaft durch Vermehrung der Mittel- und Kleinbetriebe wie durch reichlichere Belieferung der Stickstoffindustrie mit Kohlen genützt. Dem Wucher sei durch besondere Wuchergerichte begegnet worden und in der Auslandspolitik habe die Regierung vor allem in der Frage der Auslieferung Erfolge erzielt. Die äußerste Rechte wie die äußerste Linke hätten alle grundlegenden Gesetze abgelehnt. Im kommenden Wahlkampf könne die Rücksicht auf die verbündeten Parteien die Demokratie nicht hindern, die Scheidelinie schärfer hervorzuheben. Der Hauptstoß richte sich gegen die äußerste Rechte wie die äußerste Linke.

**Reichswehrminister Geßler zur innerpolitischen Lage.**

**Berlin, 5. Mai. Wie die Morgenblätter berichten, sprach Reichswehrminister Geßler gestern in einer deutschdemokratischen Wählerversammlung und führte u. a. aus: Die Revolution sollte jedermann drei Erfahrungen eingehämmert haben, erstens, das Bürgertum muß wissen, daß man gegen die Arbeiterschaft nicht regieren kann, zweitens, die Arbeiterschaft muß einsehen, daß sie ohne das Bürgertum den Wiederaufbau nicht durchführen kann und drittens, die Diktatur des Proletariats läßt sich die Landbevölkerung nicht gefallen.**

**Minister Koch über den künftigen Reichstag.**

In einer demokratischen Wählerversammlung sprach Reichsminister des Innern Koch. Er sagte: Deutschland kann nur glücklich regiert werden, wenn sich Arbeiter und Bürger zusammenfinden. Wir gründen den Reichswirtschaftsrat, aber die politische Verantwortung muß ungeschmälert bei dem Reichstag bleiben.

**Die Folgen des Kapp-Putsches.**

Der „Voss. Ztg." zufolge hat der Reichsanwalt gegen den Kappistischen Oberbefehlshaber von Breslau Generalleutnant v. Schmettow einen Steckbrief wegen Hochverrats erlassen.

## Deutschland und die Entente.

**Ausbau des Obersten Rats zu einem allgemeinen Ministerrat?**

Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der Londoner Vertreter des „Temps" glaubt zu wissen, daß man in Kreisen des Obersten Rats für dessen Beibehaltung, ja sogar für seinen Ausbau zu einem internationalen Regierungsorgan sei, zu dem früher oder später deutsche und wohl auch russische Vertreter zugelassen werden sollen. Es würde alsdann neben dem Völkerbundsrate ein internationales Regierungsorgan bestehen, das sich aus den Ministerpräsidenten aller Staaten zusammensetzt.

Die Interpretation des „Temps" scheint insofern nicht richtig zu sein, als es sich infolge Amerikas Zurückhaltung nicht um eine oberste Welt-Spruchbehörde, sondern nur um eine europäische handeln könnte. Lloyd George hatte in der Unterhausdebatte am Donnerstag erklärt: „Die drei Großmächte Westeuropas sind die Pfeiler, auf denen der ganze europäische Bau beruht. Bis jetzt reicht der Völkerbund noch nicht aus." So wäre es wohl denkbar, daß einzelne Mitglieder in Fortführung dieses Gedankens auf einen Ministerrat aller europäischen Staaten hinarbeiteten. Der Wirklichkeit würde ein solches Konzert der europäischen Mächte in der Tat jetzt mehr entsprechen, als der Völkerbund, den ja seine eigenen Völker lahmgelegt haben. Diese Lahmlegung würde freilich durch eine Maßnahme, wie sie der „Temps" ankündigt, sehr leicht endgültig werden können.

**England entläßt die deutschen U-Boot-Führer.**

**Rotterdam, 5. Mai. Die „Daily Mail" meldet: Die in England verbliebenen deutschen U-Boots-Kommandanten werden auf Anordnung des Kabinetts am 15. Mai nach Deutschland entlassen.**

**Die Ententestaaten schicken Botschafter.**

**Paris**, 5. Mai. [illegible] Ministerialdirektor Maurice H[illegible]t genommen ist und daß [illegible] haben, kurz nach den N[illegible]nnen.

**Eine deutsch[illegible] Oberschlesien.**

Berli[illegible]ch die Veröffentlichung [illegible] polnischen Putschpl[illegible]n der Interalliierten Ko[illegible]n worden: „Nach d[illegible]ien hält sich die deutsche [illegible]t der Interalliierten Ko[illegible]revolutionären Organisation[illegible]ng in Oberschlesien zugu[illegible]n Regierung zur Verfügu[illegible]en Umsturzpläne einwa[illegible]zum Schutze der schlesische[illegible] in dem zur gewaltsame[illegible]en Staate aufgerufen w[illegible] eines polnischen Aufst[illegible] Verhältnis gegenüber de[illegible] aller Verdacht von de[illegible]Mobilisation der polnischen[illegible]reisen, nämlich Beuthen[illegible] Myslowitz, Oppeln und [illegible]eben Photographien der [illegible] Dokumente beizufügen.

Die deut[illegible]er Voraussetzung, daß [illegible] Friedensvertrages es ei[illegible]erten Kommission darste[illegible] vollziehende Abstimmung [illegible]den Versuch einer gewalt[illegible] in Oberschlesien zu [illegible], daß eine Kampforgani[illegible]edeckte Organisation ist, [illegible]t und demzufolge ihr Wirken und ihre Ziele nicht die Billigung der Interalliierten Kommission finden können. Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten patriotischen polnischen Verbänden geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Be-

## Besuch Millerands in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (WTB.) Der französische Ministerpräsident Millerand ist zwecks Fühlungnahme mit den deutschen Handels- und Industriekreisen zum Besuch der Frühjahrsmesse in Frankfurt eingetroffen. (Die „Fühlungnahme" ist doch offensichtlich nur der vorgeschobene Scheingrund für den Besuch Millerands in Frankfurt. Der wirkliche Grund ist: Seine Herrlichkeit und Grausamkeit, der französische Rache-Ministerpräsident Millerand muß sich den schwarzen, braunen und weißen französischen Kulturbeschützern, die nunmehr auch Frankfurt „erobert" haben, auch in Frankfurt zeigen und diesen Triumph ausnutzen für das Buch der geschichtlichen Erfolge Frankreichs. D. Red.)

## Vorläufig keine Räumung Frankfurts a. M.?

Genf, 5. Mai. (T.-U.) Das „Journal des Debats" meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankfurts fortdauern zu lassen, bis die deutschen Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. — Der „Temps" meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Maingaues abgelehnt habe. Es werde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien.

## Die deutschen Viehlieferungen.

Krefeld, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Der belgische Abgeordnete Tibbaut, der die Ablieferung von Vieh aus Deutschland überwacht, erklärte, daß diese Ablieferung in befriedigender Weise verlaufen sei. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung fest entschlossen sei, die Viehlieferungen schnellstens auszuführen. An den Verzögerungen, die durch Streiks und die Besetzung Frankfurts eingetreten waren, sei die deutsche Regierung unschuldig.

## Herbette französischer Botschafter in Berlin.

Basel, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Aus Paris wird gemeldet: Zum französischen Gesandten in Berlin ist Herbette ausersehen. Er wird seinen Posten antreten, sobald die Alliierten ihre bisherigen Vertretungen in Botschaften umwandeln. Herbette ist der Sohn des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin.

## Berlin als Bischofssitz.

München, 5. Mai. Zu den Verhandlungen über die Errichtung einer päpstlichen Nunziatur in Berlin sind solche über die Schaffung eines Bischofssitzes in der Reichshauptstadt gekommen, weil nach kurialem Brauch eine Nunziatur nur an einem Bischofssitz sein soll. Zum Bischof von Berlin ist der Domkapitular Dr. Kaas von Trier, Mitglied der Nationalversammlung, in Aussicht genommen; er hat in München bereits mit dem Nunzius verhandelt.

## England und die Unruhen in Mexiko.

London, 5. Mai. (WTB.) Der Unterstaatssekretär des Äußern erklärte im Unterhause, daß die englische Regierung die Vorgänge in Mexiko mit größter Besorgnis verfolge. Im Zusammenhange damit meldet der Reuter-Korrespondent, daß zwei amerikanische Bürger in Diensten einer englischen Gesellschaft in Palacatos durch mexikanische Banditen ermordet worden seien.

## Das neue dänische Ministerium.

Kopenhagen, 5. Mai. Der König hat heute abend die Ministerliste genehmigt, auf der die folgenden Namen stehen: Neergaard, Ministerpräsident und Finanzminister, Berntsen, Verteidigungsminister, Harald Scavenius, Minister des Auswärtigen, Christensen, Kultusminister, Appel, Unterrichtsminister, Rothe, Handelsminister, Berg, Minister des Innern, Slebsager, Verkehrsminister.

## Der Tiroler Landtag wegen Streitigkeiten vertagt.

Innsbruck, 5. Mai. (WTB.) Der Tiroler Landtag war für gestern wieder zu einer Sitzung zusammenberufen. Bei der Behandlung des ersten Punktes der Tagesordnung, betreffend die Wahl einer Kommission, die die Anschlußfrage an Deutschland betreiben sollte, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten über die Verteilung der Mitglieder der Kommission auf die Parteien. Im Laufe der Besprechung über die Frage der Bewaffnung der Studenten und die Bildung von Arbeiterwehren kam es abermals zu ernsten Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien. Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen und der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Neubildung der polnischen Regierung.

Warschau, 5. Mai. (WTB.) Wie dem „Neuen Rotterdamschen Courant" drahtlos aus Warschau gemeldet wird, sagen die polnischen Blätter voraus, daß das polnische Kabinett wegen der Opposition gegen die polnische Politik demnächst reorganisiert wird. Die Sozialisten dringen energisch auf die Herbeiführung des Friedens und wollen bei der Besetzung des Ministeriums berücksichtigt werden. Die Blätter nehmen an, daß Patek, Grabski und Neulofski zurücktreten werden. Als Nachfolger Pateks wird Graf Tarnowski genannt.

## Einnahme von Baku durch die Sowjettruppen.

London, 5. Mai. (WTB.) Der Berichterstatter der „Times" in Konstantinopel meldet, daß Baku nach einer kurzen Beschießung durch die Sowjettruppen übergeben wurde. Es befinden sich 6000 Mann von der Roten Armee in der Stadt. Außerdem steht eine Truppenabteilung in Kachemas in der Nähe der Eisenbahn Baku-Tiflis.

## Einstellung des Bierausschanks in Braunschweig.

Braunschweig, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Wie die Braunschweigischen „Neuesten Nachrichten" melden, beschloß eine aus allen Teilen des Landes besuchte Gastwirteversammlung, die bei den Wirten noch vorhandenen Biervorräte so zu verteilen, daß mit dem 10. Mai in allen Gastwirtschaften des Landes Braunschweig der Bierausschank eingestellt werde.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200506-19/fragment/page=0007